Internationaler Versöhnungsbund
seit 1914 gewaltfrei aktiv gegen Unrecht und Krieg

Versöhnung
Rundbrief 4/2020

„MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ – Kampagne offiziell beendet, aber die Arbeit daran geht weiter.

Außerdem:

- Warum Europa der Friedensnobelpreis entzogen werden sollte
- Hurra, der Atomwaffen-Verbotsvertrag kommt!
- Mitgliederversammlung 2020

Einzelheft 2€

Inhaltsverzeichnis

Editorial 3
Warum Europa der Friedensnobelpreis entzogen werden sollte 4
Von der Gewaltkultur zur Friedenskultur 7
Das Erstarken des Militarismus in Deutschland überwinden 10
Im Namen des Islam und im Namen des Propheten: keine Gewalt! 13
Roland-Vogt-Friedenspreis der Kampagne Stopp Air Base Ramstein an Konni Schmidt verliehen 14
Jülicher Kreissynode beschließt Appell an EKD zur grundlegenden Veränderung der Militärseelsorge 14
„MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ 15
Hurra, der Atomwaffen-Verbotsvertrag kommt! 16
E-Busse statt U-Boote! 18
Zeitansage zum 03.10.2020 19
Nachruf auf Otfried Nassauer 20
Bericht Mitgliederversammlung 2020 21
Kampagne für einen Erste-Hilfe-Flugzeugträger? 22
„Jenseits von Richtig und Falsch gibt es einen Ort – dort treffen wir uns“ 23
Moegling, Klaus: Neuordnung. Eine friedliche und nachhaltig entwickelte Welt ist (noch) möglich. 25
Was ist Friedenstheologie? Eine Spurensuche und ein Lesebuch 26
Aufruf: Beiträge für Jahresbericht 27
Termine 27

Impressum

Versöhnung. Rundbrief 4/2020
Herausgeber: Versöhnungsbund e.V.
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
T 0571-850875
F 0571-8292387
E vb@versoehnungsbund.de
I www.versoehnungsbund.de

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Rudolf Mehl, Maxi Matzanke, Berthold Keunecke, Clemens Holz, Dagmar Schulte, Dietlinde Haug
Für den Inhalt der Artikel sind ausschließlich die jeweiligen Autor*innen verantwortlich.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
15.02.2021

Referat für Friedensfragen:
Clemens Ronnefeldt
A.-v.-Humboldt-Weg 8a, 85354 Freising
E C.Ronnefeldt@t-online.de
T 08161-547015
F 08161-547016

Marion Küpker
Beckstr. 14, 20357 Hamburg
E mariongaaa@gmx.de
T 0172/ 7713266

Spendenkonto:
Versöhnungsbund e.V.
GLS Bank
IBAN: DE40 4306 0967 0033 6655 00
BIC: GENODEM1GLS

Druck und Versand:
Knotenpunkt Offsetdruck GmbH, Buch/ Hunsrück

Das Heft ist gedruckt auf Recyclingpapier, zertifiziert mit dem Umweltzeichen Blauer Engel.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

vielleicht geht es Euch manchmal auch so: Man kommt im Gespräch auf ein kontrovers diskutiertes Thema, versucht, zu argumentieren, hört Gegenargumente, die man überhaupt nicht nachvollziehen kann und fragt sich: Lebt der oder die in einer anderen Welt?

Im letzten Newsletter „die andere zeit“ vom 24. Okt. 2020 fand ich Gedanken, die gut auf solche Situationen passen.

Axel Reimann schreibt dort über den »Zeitunterschied« zwischen Menschen: Wir leben „zwar zur gleichen Kalender-Zeit, ... nutzen Smartphones, künstliche Intelligenz und modernste Medizintechnik, aber der eine hält an einer nostalgisch verklärten Vergangenheit fest, der andere sieht sich kurz vor dem Aufstieg zum Homo Deus. Der eine hält Homosexualität für eine schlimme Sünde, der andere will, dass endlich LGBTQ+-Identitäten auf allen Ebenen gleichgestellt werden. Der eine glaubt, dass man über Heiliges oder Propheten keine Witze machen darf, der andere, dass Meinungsfreiheit das höchste Gut ist. Der Philosoph Ernst Bloch brachte dieses Phänomen so auf den Punkt: »Nicht alle sind im selben Jetzt da. Sie sind es nur äußerlich, dadurch, dass sie heute zu sehen sind. Damit aber leben sie noch nicht mit den anderen zugleich.«

Diese »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« ist oft schwer zu ertragen. Sie schafft Konflikte und Spannungen, manchmal sogar Hass und Schlimmeres.

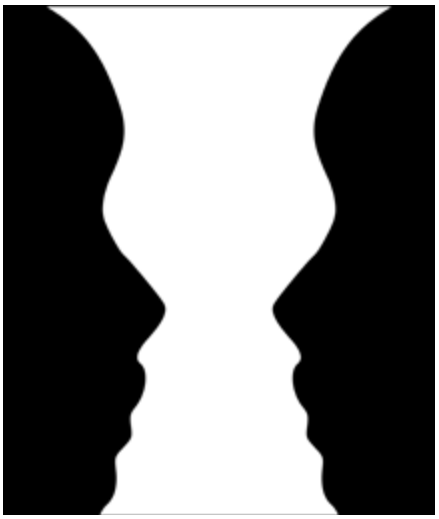
Wir müssen versuchen, zu verstehen, wie spät es für den anderen ist. Nur dann können wir uns auch begegnen.“

Ich finde, das erklärt gut die Schwierigkeiten, die wir bei vielen Auseinandersetzungen haben, z.B. über die Einschätzung der Corona-Pandemie oder über die Abgrenzung nach rechts, oder wenn ich mich mit anderen austausche über Religion, Göttliches, den Sinn des Lebens. Auch mit unseren Kernthemen aktive Gewaltfreiheit statt kriegerische Auseinandersetzung geht es uns immer wieder so.

Der oben zitierte Rat, *versuchen, zu verstehen, wie spät es für den anderen ist,* ist aber nur der erste Schritt. Was mache ich denn dann, wenn ich ahne, in welcher Welt der oder die andere lebt? Vielleicht gelingt es uns, unsere Argumentation an diese andere Welt anzupassen. Vielleicht müssen wir aber auch erkennen, dass wir an diese andere Welt nicht herankommen, dass sie uns verschlossen bleibt. Die Folgen wären dann von der Art der Beziehung abhängig: Lebt mein(e) Lebenspartner*in in einer anderen Welt, oder mein(e) Arbeitskolleg*in oder manche Mitglieder in meinem Verein.

Ich wünsche uns eine gute Zeit und Gespür für Zeitunterschiede und ihre Folgen,

Rudolf Mehl



Bryan Derksen, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Ein weißer Kelch oder zwei schwarze Gesichter?
Wer nur das Eine sieht, wird sich mit jemandem, der nur das Andere sieht, nicht gut unterhalten können.

Warum Europa der Friedensnobelpreis entzogen werden sollte.

Sophia Bohrloch berichtet ***Aktuelles von den südlichen Außenmauern der Festung Europa.: Verbrechen an den europäischen Außengrenzen, Ägäisches Meer und Inseln.***

Im letzten Monat kamen wöchentlich wenige bis gar keine Geflüchtetenboote auf den griechischen Inseln in der Ägäis an. Europäische Politiker*innen freuen sich über diese niedrigen Ankunftszahlen, erfreuen sich ihrer europäischen Grenzpolitik. Letzte Woche erklärte mir ein deutscher Frontex-Beamter, den ich ansprach, nachdem ich feststellte, dass die Frontex-Boote auf Samos deutscher Herkunft sind (mit der Aufschrift „Küstenwache"), dass der Grund dafür Covid-19 ist. Weniger Menschen würden deshalb aus der Türkei aufbrechen.

Von wegen.

Die NGO „Aegean Boat Report", welche Ankünfte von Geflüchtetenbooten und illegale Zurückdrängungen in die Türkei auf der Ägäis dokumentiert, verzeichnet das Gegenteil.

In den letzten vier Wochen sind 45 Boote mit insgesamt 1474 schutzsuchenden Menschen aus der Türkei[1] gestartet. Die Antwort findet sich in den höchst kriminellen Vorgehensweisen, sogenannten illegalen Push-Backs der griechischen Küstenwache, unterstützt durch Europa in der Ausführung von Frontex, der Europäischen Grenzschutzagentur. Seit Jahren beklagen Menschenrechtsbeobachter*innen und investigative Journalist*innen auf der Ägäis die illegalen Zurückdrängungen von Geflüchteten, ausgehend von der griechischen Küstenwache. Schlauchboote werden durch das Erzeugen von Wellen wieder in türkische Gewässer gedrängt, die Motoren der Boote werden von griechischen Küstenwächter*innen abmontiert und die Boote treiben gelassen. Eine der neuesten und perfidesten Taktiken ist das Umsetzen der Menschen aus den Schlauchbooten in „Rettungsinseln", die nichts anderes sind als die hochseeuntauglichen Schlauchboote. Beweise erbringen die zahlreichen Foto- und Videoaufnahmen der Geflüchteten selber und die Berichterstattungen der türkischen Küstenwache, welche die Menschen meist nach stundenlangem Herumtreiben von den Rettungsinseln bergen. Natürlich ohne Nahrung und Wasser.

Ein besonders erschreckender Push-Back ereignete sich im Juni. Anhand von Videoaufnahmen eines Betroffenen und forensischen Analysetechniken wurde aufgedeckt, dass die Küstenwache Griechenlands ein Geflüchtetenboot erst mit einem Haken attackiert und dann die Insassen auf einer Rettungsinsel zurück auf das offene Meer in Richtung Griechenland gezogen haben[2].

[1] https://aegeanboatreport.com/

[2] https://www.swr.de/report/brutales-vorgehen-gegen-fluechtlinge-wie-die-griechische-kuestenwache-menschen-in-see not-bringt/-/id=233454/did=25275232/nid=233454/642jqs/index.html

Diese Taktik ist nicht nur menschenunwürdig und bringt Menschenleben in Gefahr. Sie ist auch unbestritten gesetzeswidrig und gehört geahndet: Es ist ein Verstoß gegen das internationale Seerecht, ein Boot in Seenot nicht zu retten, und es ist in Seenot, wenn es manövrierunfähig ist.

Griechenland verstößt zudem damit gegen den rechtlichen Grundsatz der Nichtzurückdrängung (Pushbacks), geregelt in der Genfer Flüchtlingskonvention („non-refoulment" Gebot, Art.33) und auch gegen geltendes Asylrecht, dass Menschen des Landes verwiesen werden ohne überhaupt ein Asylantrag gestellt zu haben[3].

Es wird alles daran gesetzt, keine Menschen auf den griechischen Inseln ankommen zu lassen.

Dabei ist die griechische Küstenwache nicht allein in europäischen Gewässern. Da wäre noch Frontex, die Europäische Grenzagentur, die in der Operation „Poseidon" zur Unterstützung der Küstenwache Griechenlands im Mittelmeer zum Grenzschutz eingesetzt ist. Man könnte annehmen, dass eine europäische Agentur, welche der Aufsicht aller europäischer Staaten unterliegt, diese illegalen Vorgehensweisen der hiesigen Küstenwache unterbindet. Ja, würde nahe liegen. Tatsächlich gab es in der Vergangenheit Indizien, dass Helikopter von Frontex Push-backs aus der Luft koordiniert oder zumindest beobachtet haben. Zudem ergibt es sich aus der Logik der Geografie, da die Ägäis nicht unendlich weit ist wie das zentrale Mittelmeer, dass die Akteure von ihren Operationen mitbekommen. Unter den Augen Europas Grenzschutzagentur werden rechtswidrige Taktiken, die Menschenleben in Gefahr bringen, offenbar geduldet. Seit letzter Woche ist nun klar, dass die Push-Backs nicht nur geduldet sondern ganz klar von Frontex mit durchgeführt werden. Investigative Journalist*innen, unter anderem vom SPIEGEL und Teilen der ARD, dokumentierten über Videoaufnahmen, wie ein Fontex-Schiff in griechischen Gewässern an ein Geflüchtetenboot heran fährt. Aber anstelle die Menschen, so wie es vorgesehen und rechtlich vorgeschrieben ist, an Board zu nehmen und in Sicherheit zu bringen, fährt es mit hoher Geschwindigkeit davon.

Wenig später erscheint die griechische Küstenwache und nimmt dem Schlauchboot den Motor ab[4].

Auf dem rettenden Festland angekommen, untergebracht in einem Camping-Zelt in einem der Lager auf den griechischen Inseln Lesbos, Samos, Chios, Leros oder Kos, droht zwar keine ständige akute Lebensgefahr mehr, aber die Menschenwürde gibt Europa den Menschen auf der Flucht auch hier nicht zurück. Spätestens nach dem Abbrennen des größten der Lager der griechischen Inseln, Camp Moria auf Insel Lesbos, welches zeitweise 20.000 Asylsuchende zählte, muss wohl durch das Medienecho nahezu ALLEN Europäer*innen klar sein, was es heißt, an den Außengrenzen Europas gestrandet zu sein. Europas Grenzpolitik spricht geflüchteten Menschen ihre Würde ab. Unter höchst unmenschlichen Bedingungen, ohne Zugang zur Grundversorgung, um grundlegende Bedürfnisse abzudecken wie Wetterschutz, ausreichend Nahrung, medizinische Versorgung und benutzbare sanitären Einrichtungen. Geschweige denn ist gesorgt für Privatsphäre, psychologische Hilfe, Selbstbestimmung, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Fünf Jahre menschenverachtende Asylpolitik, Brände, Re-traumatisierungen, Morde, Vergewaltigungen, Hunger, Kälte, Durst und Hitze später. Noch immer werden Schutzsuchende, die in Europas Camps leben, nicht gehört.

Camp Moria auf Lesbos wurde aus lauter Verzweiflung, nachdem es über Monate im absoluten Lock-Down war, von Jugendlichen, welche die Hoffnung verloren hatten, in Brand gesteckt. Das Camp auf Samos: im Lock-Down seit Mitte September. Das Camp auf Chios: im Lock-Down seit dem 15.Oktober. Für die Bewohner*innen des Camps bedeutet das eine enorme Verschlechterung ihrer ohnehin katastrophalen Situation, denn der Zugang zu Unterstützungs-

[3] https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=celex%3A32013L0032

[4] https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/frontex-pushbacks-101.html und https://www.spiegel.de/international/europe/videos-and-eyewitness-accounts-greece-apparently-abandoning-refugees- at-sea-a-84c06c61-7f11-4e83-ae70-3905017b49d5?utm_source=dlvr.it&utm_medium=twitter

strukturen außerhalb des Camps ist somit völlig unterbrochen. Keine Schule, keine psycho-sozialen Angebote mehr, keine rechtliche Hilfe. NGOs wird sogar der Zugang zu den Camps verwehrt, um Decken auszuteilen. Denn auch in Griechenland wird es Winter.

Gestern erschütterte ein Erdbeben, ausgelöst in der Nähe von Samos, die Inseln Samos und Chios und führte zu Todesfällen und hunderten Verletzten in der Türkei. Das neue Camp auf Lesbos wurde direkt an die Küste gebaut, Tsunami Warnungen versetzten die Bewohner*innen gestern über Stunden in große Angst. Die griechischen Behörden hätten es niemals geschafft, das Camp so schnell zu evakuieren und die Menschen in Sicherheit zu bringen. Es erscheint auch wenig bedacht, ein Camp mit tausenden von Menschen in einer Erdbebenregion direkt an die Küste zu bauen.

Im Mai verfasste und adressierte eine selbstorganisierte Gruppe von Menschen aus dem Camp Moria (Das Moria Corona Awareness Team) im Abstand von drei Wochen zwei Briefe an die europäischen Regierungen, die Öffentlichkeit und die Zivilbevölkerung. Sie schreiben: „Wir warten immer noch und die Bedingungen ändern sich nicht. Wir fragen: Sind wir keine Antwort wert, während so viele Menschen über Moria sprechen und deutsche Minister Moria sogar als „Schande Europas“ bezeichnen? Wir haben immer noch nur drei Stunden Wasser am Tag, immer noch ist die gesundheitliche Versorgung sehr schlecht und es gibt keine Infrastruktur. Wir fragen nicht um Mitleid und Almosen, wir fragen lediglich nach den Rechten, die uns laut der Genfer Flüchtlingskonvention und der europäischen Erklärung der Menschenrechte zustehen.“

Die letzten Monate sprach ganz Europa von Social Distancing und Eingrenzung der Infektionen. In Moria und den anderen Camps ist jedoch die Abstandseinhaltung schlichtweg nicht möglich. Das Moria Corona Awareness Team schreibt dazu in ihrem offenen Brief: „Jede Empfehlung, wie man die Ausbreitung von Corona vermeidet, klingt illusionär für uns: Wie sollen wir Abstand halten, wenn Tausende jeden Tag auf Nahrung warten müssen? Wie sollen wir unsere Hände waschen, wenn kein Wasser zur Verfügung ist? Wie können wir Kranke isolieren, wenn dafür kein Platz ist?

Zu Beginn der Krise fühlten wir uns verlassen und waren völlig unvorbereitet. Wir haben einige Maßnahmen ergriffen, um uns mit der Unterstützung einiger, vor allem lokaler griechischer NGO‘s, selbst zu organisieren, um das Bewusstsein der Menschen im Camp zu schärfen und uns auf das Schlimmste vorzubereiten. In den letzten Wochen haben wir Vieles geschafft: das Lager gereinigt, Handwaschstationen aufgebaut, Plakate und Flugblätter gedruckt und andere Aktivitäten durchgeführt. Während sich in Griechenland und hier auf Lesbos Corona ausbreitete, erwarteten wir das Schlimmste, weil dieses Virus im Lager wie ein Todesurteil für alte, kranke und andere schutzbedürftige Personen wäre.“

Wissentlich nehmen europäische Regierungen die Rechtsverletzungen und die menschenunwürdigen Behandlungen in Kauf und schauen dabei zu, wie die humanitäre Krise auf den ägäischen Inseln wächst. 2012 hat die EU den Friedensnobelpreis bekommen. Für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte. Zum Jahrestag des Kriegsendes des 2.Weltkrieges schwadronieren jährlich am 08.Mai heuchlerisch Politiker*innen insbesondere in Deutschland über weltweiten Frieden und dass überall Menschen in Not auf die Hilfsbereitschaft der Deutschen zählen können, wie Horst Köhler einmal sagte.

Wir fragen uns, wo ist diese viel beschworene Solidarität? Wo sind die Menschenrechte für Schutz suchende Menschen? Warum wird sich nur solidarisch mit Menschen einer bestimmten Nationalität, mit einer bestimmten Herkunft gezeigt? Wo ist der Frieden?

Solange Menschen auf der Flucht von Seiten der Politik und der Mehrheit der europäischen Gesellschaft offenbar die Unterstützung auf Frieden und ein gutes Leben verwehrt wird, müssen wir umso stärker mitkämpfen. Solidarisch bleiben. Es liegt in unserer Verantwortung als Europäer*innen und Menschen überhaupt, gegen Entrechtung und das Übergehen von Menschenrechten lautstark zu protestieren und uns zu wehren.

Also – schließt euch den zahlreichen Seebrücke-Ortsgruppen an, unterstützt mit Spenden die Organisationen, die versuchen, den Menschen in den Camps ein bisschen Würde zurück zu geben, geht auf die Straße, bleibt informiert, unterschreibt Petitionen und kommt mit euren Mitmenschen ins Gespräch!

Kurzum: macht den Mund auf.

Stand: 31.10.2020

Sophia ist gerne offen für Fragen, wo und wie man sich engagieren kann, welche NGOs vertrauenswürdig sind zum Spenden, welche Infokanäle hilfreich sind, etc. Schreibt an: redaktion@versoehnungsbund.de, wir leiten die Anfragen weiter.

Von der Gewaltkultur zur Friedenskultur

von Dieter Riebe, DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg

Die Vision einer Friedenskultur entwickeln

Vor ca. 300.000 Jahren hat sich im evolutionären Prozess der Homo-sapiens entwickelt, der Mensch. Vom Kleinkind bis zum Erwachsenen braucht der Mensch von allen Säugetieren die längste Entwicklungszeit. Der Mensch ist ein ursprünglich soziales Wesen und seine frühkindliche Entwicklung ist vollkommen von der Fürsorge anderer Menschen abhängig. Er ist bei der Geburt noch nicht ausreichend entwickelt und im Gegensatz zur Tierwelt am wenigsten triebgesteuert. Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass unser Gehirn schon im Mutterleib und bis zum 6. Lebensjahr alle Informationen ungefiltert im Unterbewusstsein abspeichert. Der Mensch hat also ein überwiegend frei programmierbares Gehirn. Es ist ein Überlebensorgan und hat uns dazu befähigt, die Welt nach unserem Willen zu gestalten. Wir sind „soziale Glaubenswesen“, mit Vorstellungsvermögen, Phantasie und rationalem Denken. Unser Empfinden ist jedoch davon abhängig, wie wir denken, fühlen und was wir glauben. Unsere Gefühlswelt ist zum größten Teil von der Gesellschaftsform, in der wir aufwachsen, abhängig. Unser Dasein und Empfinden ist also überwiegend das Ergebnis unserer vorgegebenen Umwelt bzw. des Gesellschaftssystems.

Weltweit ist die Menschheit seit Jahrtausenden in der Gewaltkultur gefangen. Die Gewaltkultur ist in unserer Gesellschaft so stark verwurzelt bzw. wird als Normalität angesehen, dass uns gar nicht mehr auffällt, wie sie unser Verhalten negativ prägt und schadet. Mit ihrer direkten physischen

Auswirkung umfasst sie auch die im Hintergrund wirkende kulturelle und gesellschaftliche Gewalt. Heute ist das Mittel der direkten Gewalt zunehmend geächtet, wird aber trotzdem beibehalten. Kriege sind der Exzess der rücksichtslosen Gewalt. Das Dilemma der ausgeübten brutalen Gewalt ist, dass sich ihr fast alle unterwerfen. Sie hat die Eigenschaft, jeglichen Widerstand zu brechen und die Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen, sie traumatisiert uns. Die Gewalt zerstört unmittelbar alle positiven Ansätze des verbindenden menschlichen Miteinanders.

Wir müssen die Gewaltkultur beenden, wenn wir als Menschheit eine langfristige Überlebens-Chance haben wollen. Dies gilt nicht nur für die direkte, sondern auch für die kulturelle und gesellschaftliche Gewalt. Die negativen Folgen unserer Gewaltkultur für die Erde und auch für alle Lebewesen sind mittlerweile unübersehbar geworden. Keiner kann heute mehr sagen, dass wir nicht vor großen existenziellen Problemen stehen, die der Mensch sich selbst erschaffen hat.

Wenn uns klar wird, dass wir uns mit der Gewaltkultur in eine Sackgasse manövriert haben, bedeutet dies, dass wir unser Verhalten ändern müssen. Die Menschheit wird erkennen, dass sie den Weg zur Friedenskultur gehen muss.

Wie unterscheidet sich die Gewaltkultur von der Friedenskultur auf menschlicher, individueller Ebene?

Die Ursache der Gewaltkultur ist, dass der Mensch von seinen Gefühlen und Bedürfnissen getrennt ist. Also Körper, Geist und Seele (Gefühle) nicht im Einklang sind. Voraussetzung für die Friedenskultur ist, sich Selbst anzunehmen, indem man seine Gefühle und Bedürfnisse anerkennt, benennen und zulassen kann.

In der Friedenskultur wird der Mensch als selbstbestimmtes Subjekt wahrgenommen, mit all seinen Stärken und Schwächen. Hier wird der Mensch von Geburt an als an sich wertvoll, als gleichwertig angesehen. Hier sprechen wir vom „Selbstwert“ - einem weitgehend von äußeren Dingen unabhängigem Leben.

Jeder Mensch wird als Subjekt geboren und will angenommen und geliebt werden. „Liebe deinen Nächsten, wie Dich selbst“, setzt voraus, dass wir uns wirklich selbst lieben. Doch die Allermeisten konnten diese Liebe nicht erfahren, da die Eltern diese Liebe selbst nicht empfinden können, weil sie wiederum selbst die Liebe nicht erfahren haben. Nicht eine oberflächliche Liebe, wie wir sie allgemein kennen, die an Bedingungen geknüpft ist, sondern eine innige, tiefe Eigenliebe ist dazu notwendig. Diese Eigenliebe wird uns durch die gut gemeinte Erziehung der Eltern (und anderen Personen), meist aberzogen, da wir zum Objekt ihrer Erwartungen werden. Sie wollen, dass ihr Kind in der Gesellschaft gut zurecht kommt. Das Kind lernt schon früh, dass es zwischen „Zuckerbrot und Peitsche“ wählen darf, um sich den Anforderungen der Erwachsenen anzupassen. Zusätzlich machen dem Kind die Erfahrungen von emotionalen Abweisungen, von evtl. Missbrauch, sowie Gewalterfahrungen etc. zu schaffen. Mit jeder Anforderung an das Kind, sich an die meist gesellschaftlich geforderten Regeln anzupassen, sich dem unterzuordnen, also dem „System“ gerecht zu werden, tritt eine weitere Entfremdung zu seinem „wahren Ich“ auf. Daraus entwickeln sich Schuldgefühle, werden eigene Emotionen umgelenkt und entstehen innere Konflikte. Dieser Anpassungsprozess bzw. diese Konditionierung ist so tief in unserer Gesellschaft verankert und akzeptiert, dass man sich in der Regel überhaupt keine Gedanken mehr darüber macht und es daher auch kein Bewusstsein dafür gibt. Das Kind wird als Objekt behandelt und das Kind selbst passt sich dem an, indem es sich selbst zum Objekt macht, weil es als Subjekt keine Liebe erfahren würde. Die Liebe - die Zuwendung und Wertschätzung bedeutet - ist an Bedingungen geknüpft, die es erfüllen muss. Der sich selbst entfremdete Mensch, wird sein ganzes Leben nach seiner verloren gegangenen Einheit („Paradies“) suchen. Wenn wir den Unterschied der Gewaltkultur zur Friedenskultur bewusst wahrnehmen und benennen können, dann wird uns ihre Dimension, was sie mit uns macht und wie sie uns beeinflusst, klar ersichtlich. Jede persönliche, innere Änderung vollzieht sich erst im Denken und der Wahrnehmung der wahren Bedürfnisse, indem wir zur Erkenntnis kommen und dadurch ein Bewusstsein entsteht.

Der Begriff *Subjekt* steht hier sinnbildlich für ein bewusstes, eigenverantwortliches, selbstbestimmtes Leben und als *Objekt* ist hier ein Mensch gemeint, der ein unbewusstes, fremd-orientiertes, angepasstes Leben führt.

Willst du weiterhin in einer Gewaltkultur leben, bei der du zu einem fremdbestimmtes Objekt von Bewertungen, Erwartungen und Absichten gemacht wirst? Es ist nicht nur so, dass in der Gewaltkultur die Anderen Dich allein zum Objekt machen, sondern auch Du selbst machst Dich zum Objekt anderer. Als Folge urteilen wir selbst über andere und werden ebenso einer Wertigkeit unterworfen, die je nach Geld, Macht, Status etc. ausfällt. Zudem buhlen wir als objekthafte Wesen um die Anerkennung der anderen. Wir brauchen dann die Bestätigung der anderen als notwendigen Beweis unserer vorgestellten, selbst erhöhten Wertigkeit, ohne die wir uns nicht genug anerkannt und angenommen fühlen.

Das Positive ist, dass wir zur Bewusstheit kommend uns immer mehr der Friedenskultur zuwenden, wir uns immer mehr vom Fremd-orientierten, Objekt-haften entfernen. Wir werden wieder zu selbstbestimmten Subjekten, zu freien Menschen. Als Subjekte nehmen wir unser Leben selbst in die Hand, gestalten es nach unseren tatsächlichen Bedürfnissen. Es bestimmen dann nicht mehr überwiegend die Ängste, sondern grundsätzliche Freude unser Leben. Wir werden einfach glücklicher.

Wer schon anfängt, sein Leben bewusst zu ändern, spürt unmittelbar die positiven Veränderungen in seinem Leben und schreitet deshalb immer weiter voran. Das Erkennen der Not, gepaart mit größerer Tatkraft der Bemühungen eines jeden Einzelnen, wird eine bessere Welt möglich machen.

Dies ist meine große Hoffnung und Appell an uns alle!

Anhand der tabellarischen Liste werden die Unterschiede der Gewaltkultur und Friedenskultur deutlich. Die Gegenüberstellung klärt auf und macht bewusst, wie unterschiedlich sich die Friedenslogik und die Sicherheits-/Gewaltlogik auf uns auswirken.

In welcher Welt möchtest Du leben?

Friedenslogik

(die verbindende, freundschaftliche Ebene)

Grundmerkmal der Friedenskultur ist:
Der Mensch wird als individuelles **Subjekt** mit all seinen Stärken und Schwächen gesehen

- **Gleichwertigkeit aller Menschen**
- **Unabhängig sein - Selbstwert ist weitgehend unabhängig von außen**

Voraussetzung ist die Selbstannahme, die Anerkennung, Benennung und das Zulassen von Gefühlen und Bedürfnissen

Sicherheits-/Gewaltlogik

(die trennende, feindschaftliche Ebene)

Grundmerkmal der Gewaltkultur ist:
Der Mensch wird als **Objekt** von Bewertungen, Erwartungen und Absichten gesehen

- **Wertigkeit des Menschen nach Geld, Macht, Status, Ausbildung, Leistung, Aussehen etc.**
- **Notwendige Bestätigung von außen - Anpassung und Buhlen um Anerkennung**

Ursache ist die Selbstentfremdung, das Abschneiden von Gefühlen und Bedürfnissen bzw. Trennung von Körper, Geist und Seele

Dadurch ergibt sich:	Dadurch ergibt sich:
• Selbstbestimmt leben	• Fremdbestimmt leben
• Selbstverantwortung	• Opferdenken - andere verantwortlich machen
• Freude bestimmt das Leben	• Ängste bestimmen das Leben
• Handlung - Individuum: jeder hat viele Seiten	• Gleichsetzen von Individuum und Handlung
• Respekt vor allen Menschen	• Identifizierung von Feinden
• Empathie* - Akzeptanz	• Entmenschlichung - Distanz
• Integrieren - Zusammengehörigkeit	• Ausgrenzen - getrennt sein
• Wiedergutmachen - Versöhnung	• Bestrafen - Rache
• Gewaltlosigkeit - Ausgleich	• Gewalttätigkeit - gegen sich selbst und andere
• Zuhören - offen in Verbindung gehen	• Recht haben - oft doktrinäres** Denken
• Gute konstruktive Zusammenarbeit	• Rücksichtslose Ausbeutung
• Gegenseitiges Vertrauen	• Generelles Misstrauen

* Empathie = Die Fähigkeit und Bereitschaft, Empfindungen, Gedanken, Emotionen, Motive und Persönlichkeitsmerkmale einer anderen Person zu erkennen und zu verstehen.

** doktrinär = Glaubenssystem und Ansichten, die als allgemein gültig dargestellt werden und von denen nicht abgewichen werden darf bzw. die verbindlich sind.

zusammengestellt von Theresa M. Bullmann und Dieter Riebe

dfg-vk-bonn-rhein-sieg.de

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner
Gruppe Bonn Rhein Sieg

Das Erstarken des Militarismus in Deutschland überwinden

Clemens Ronnefeldt sieht gefährliche Entwicklungen und plädiert für die Einhaltung von Grundgesetz und Völkerrecht

In den letzten Monaten ist das Thema „Interventionsmacht Deutschland" in einigen Artikeln und Studien in einer Art und Weise thematisiert worden, die Grund zur Besorgnis geben, ob die darin gemachten Aussagen noch mit Völkerrecht und Grundgesetz vereinbar sind.

Martin Jäger, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hat am 6. September 2020 in der F.A.Z einen Gastbeitrag veröffentlicht mit dem Titel: „Neue strategische Lage – Deutschland sollte interventionsfähig sein"[1].

Darin schreibt Martin Jäger: „So endet die Ära amerikanisch geführter Interventionen. Somalia, Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Irak und Libyen sind ihre markanten Stationen. Die Bilanz fällt zwiespältig aus, zu hoch waren die Kosten an Menschenleben und Geld. Im Berliner Betrieb hoffen manche, nun werde die Bundeswehr von der Einsatzstreitkraft zur Heimatschutzarmee zurückgebaut. Das wäre ein Fehler. Die Bundesrepublik wird sich auch künftig an Interventionen beteiligen müssen. Mehr noch: Deutschland und Europa sollten aus eigener Kraft interventionsfähig werden."

Wie passt diese Forderung zum Grundgesetz, Art. 87a: „(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. (…). (2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt."?

Staatssekretär Martin Jäger schreibt weiter: „Die Bundesrepublik muss ihr Verhältnis zur Intervention überdenken. Intervenieren bedeutet, einen Konflikt durch Einmischung von außen zur Entscheidung zu bringen. Eine solche Machtprojektion kann unterschiedliche Gestalt annehmen: von der diplomatischen Drohung über die Verhängung von Sanktionen und die Waffenlieferung bis zum Einsatz militärischer Gewalt. Die Intervention ist die kleine Schwester des Krieges und die giftige Freundin der Diplomatie – nicht eben die Gesellschaft, in der wir Deutsche uns gern aufhalten."

Wie passen diese Aussagen zur in Deutschland verbindlichen Charta der Vereinten Nationen, Art. 2, Ziffer 4: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt"?

Nach Artikel 25 des Grundgesetzes ist diese Aussage verbindliches Völkerrecht in Deutschland und geht sogar dem Grundgesetz vor.

Martin Jäger fasst zusammen: „Wofür sollte Deutschland intervenieren? Zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, zum Schutz eines Partnerlandes und unserer Handelswege".

Die Forderung nach „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" fand sich erstmals im November 1992 in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr".

Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien" vom Mai 2011 präzisierten: „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. (...) Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken. Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme, z.B. durch Piraterie und Sabotage des Luftverkehrs, stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar. (...) Deutschland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften".

Insbesondere der letzte Satz steht in Spannung zum Grundgesetz, das den Einsatz von deutschen Streitkräften ausschließlich zur Landesverteidigung vorsieht – und nicht zur Wohlstandsverteidigung sowie der Verfestigung ungerechter Weltwirtschaftsstrukturen und damit struktureller Gewalt.

[1] https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutschland-sollte-interventionsfaehig-sein-neue-strategische-lage-16938806.html

Auch in verschiedenen Ausgaben der „Weißbücher der Bundeswehr“ wiederholt sich dieser Gedanke immer wieder. In der Ausgabe des Jahres 2006 steht: „Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen“.

Im „Weißbuch“ des Jahres 2016 finden sich die Sätze: „Prosperität unseres Landes und Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger hängen auch künftig wesentlich von der ungehinderten Nutzung globaler Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien sowie von einer gesicherten Rohstoff- und Energiezufuhr ab.

Eine Unterbrechung des Zugangs zu diesen globalen öffentlichen Gütern zu Lande, zur See, in der Luft sowie im Cyber-, Informations- und Weltraum birgt erhebliche Risiken für die Funktionsfähigkeit unseres Staates und den Wohlstand unserer Bevölkerung.“

Bundespräsident Horst Köhler sagte am 22. Mai 2010 im Deutschlandradio-Interview:

„Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall, auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen.“

Vor zehn Jahren war die öffentliche Meinung in Deutschland noch nicht bereit, diese Worte unwidersprochen hinzunehmen. Die heftige Auseinandersetzung um diese Ansichten des Bundespräsidenten, der lediglich ausgesprochen hatte, was längst in den Grundlagen-Dokumenten der Bundeswehr – den „Verteidungspolitischen Richtlinien“ und den „Weißbüchern“ festgeschrieben war, aber weitgehend unbeachtet blieb, bewog Horst Köhler zum Rücktritt vom höchsten Staatsamt.

Es ist bezeichnend, dass im Jahr 2020 bisher noch keine Stimmen laut wurden, die den Rücktritt von Staatssekretär Martin Jäger gefordert haben.

Sein F.A.Z.-Gastbeitrag endet mit den Sätzen: „Es fehlt uns nicht an militärischen Fähigkeiten, politischer Wille zählt. Drei Vorschläge: Der Bundestag billigt künftig auf Basis europäischer Mandate den bewaffneten Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland. Ausbildern der Bundeswehr wird im Einsatz erlaubt, einheimische Einheiten ins Gefecht zu begleiten. Deutschland liefert Partnern wie der Ukraine in Notsituationen Milan-Lenkwaffen zur Selbstverteidigung. Damit wären erste Schritte getan“.

Gibt es noch Personen und Institutionen, denen die Ungeheuerlichkeit dieser Aussagen auffällt?

Der erste Vorschlag entmachtet das deutsche Parlament, indem dieses nur noch „billigen“ soll, was auf EU-Ebene als Kriegseinsatz beschlossen wurde, der zweite ruft dazu auf, Bundeswehr-Ausbilder Kriegserfahrung sammeln zu lassen, der dritte schlägt einen Gesetzesbruch vor: Nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz besteht das Verbot, deutsche Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu exportierten.

Der Historiker Sönke Neitzel hat für sein umfangreiches Grundlagenwerk „Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte“ (Propyläen Verlag, 816 Seiten, 35 Euro) mit rund 200 Zeitzeugen gesprochen, von denen die meisten noch aktive Bundeswehr-Soldaten sind. Am 25. Oktober 2020 wurden daraus in der F.A.Z. Auszüge vorgestellt – die zeigen, dass die Vorschläge von Herrn Jäger zum Sammeln von Kriegserfahrungen – an allen gesetzlichen Grundlagen vorbei – bereits vor knapp drei Jahrzehnten umgesetzt wurden.

Im Kapitel „Neue Welt, neue Aufgaben“ schreibt Sönke Neitzel: „Weitgehend unbekannt ist, dass inoffiziell schon seit 1991 rund 200 bis 300 Bundeswehrsoldaten als Freiwillige im jugoslawischen Bürgerkrieg kämpften. Insbesondere aus den Garnisonen in Süddeutschland fuhren viele Männer auf ein verlängertes Wochenende oder im Urlaub an die Front, um Kampferfahrung zu sammeln. Das war zwar illegal, wurde von den Vorgesetzten in vielen Fällen aber gedeckt, da man die Eigeninitiative als wertvolle Bereicherung der Gefechtsausbildung betrachtete. Etliche deutsche Soldaten, die auf kroatischer Seite mitkämpften, waren Fallschirmjäger, manche waren vor ihrer Bundeswehrzeit bei der Fremdenlegion gewesen. Abenteuer- und Kriegergeist standen wohl im Mittelpunkt dieser Reisen an die Front, andere wollten den bedrängten Kroaten zu Hilfe eilen“ (S. 466).

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit leben etliche dieser 200 bis 300 Bundeswehrsoldaten noch. Werden gegen sie und vor

allem gegen ihre Vorgesetzten nun Strafermittlungen eingeleitet werden?

Welche Konsequenzen werden die Aussagen von Sönke Neitzel, der den einzigen Lehrstuhl für Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt am Historischen Institut der Universität Potsdam inne hat, bezüglich seiner Buchpassagen zum Afghanistan-Krieg haben?

Auf Seite 547 schreibt er:

„Wenn bei Operationen der amerikanischen Spezialkräfte Zivilisten auch mal im dreistelligen Bereich umkamen, nahm man das hin. Mancher wunderte sich gewiss, dass darüber nicht gesprochen wurde. Doch keiner wollte sich mit den Amerikanern anlegen, von denen die Deutschen in vielerlei Hinsicht abhängig waren. Im Zweifelsfall waren es ihre Hubschrauber, die deutsche Verwundete ausflogen, ihre Flugzeuge, die schwer bedrängten deutschen Soldaten Luftunterstützung gaben. Und wenn US-Spezialkräfte nachts Taliban-Kommandeure töteten, brachte das auch der Bundeswehr mehr Sicherheit. Die Deutschen waren insgesamt loyale Allianzpartner, die die nächtlichen Schattenkrieger mit Logistik, mit Absperrungen und auch mit Sanitätern unterstützten."

Auf Seite 551 ergänzt Sönke Neitzel: „ (...) so waren selbst hartgesottene Soldaten des KSK erschüttert, als ihnen Amerikaner nonchalant davon berichteten, wie sie gefangene Taliban exekutierten".

Warum haben die deutschen Bundeswehrsoldaten diese Kriegsverbrechen bisher nicht zur Strafverfolgung an die Bundesregierung weiter gegeben?

Anfang September 2020 berichtete die Süddeutsche Zeitung darüber, dass US-Außenminister Mike Pompeo Fatou Bensouda, Chefanklägerin beim Internationalen Strafgerichtshof, sowie einen hochrangigen Mitarbeiter auf die Sanktionsliste gesetzt hat. „Das heißt, sie werden gleichgesetzt mit Terroristen, ihr Vermögen in den USA kann eingefroren werden" (SZ, 3.9.2020).

Wird sich die Bundesregierung hinter die Chefanklägerin stellen und sie bei ihrem Bemühen um Gerechtigkeit unterstützen?

Weitere Aufrufe zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik

Anlass zur Besorgnis gibt auch die von Botschafter Wolfgang Ischinger vorgestellte neue Studie der Münchner Sicherheitskonferenz vom Oktober 2020 „Zeitenwende – Wendezeiten"[2]. Darin heißt es auf Seite 12:

„Deutschland steht absehbar vor einer schicksalhaften Entscheidung: Es kann sich entschlossen für den ‚europäischen Imperativ', für eine Stärkung Europas einsetzen, um so deutsche und europäische Interessen wirksam zu verteidigen. Oder Deutschland verzichtet auf die Gestaltung des Wandels, belässt es beim status quo und stellt sich darauf ein, dass EU-Europa zu einem ‚Anhängsel Eurasiens' mutiert, das von anderen Mächten dominiert wird."

Auf 220 Seiten wirbt diese Studie für eine stärkere Militarisierung der deutschen Außenpolitik.

Am 28. Oktober 2020 warb Josef Joffe in der Wochenzeitung „Die Zeit", bestens vernetzt in transatlantische Sicherheitskreise, für mehr deutsche „Kampffähigkeit":

„In Deutschland bleibt die nationale Sicherheit letztendlich ein Tabuthema. Verständlich angesichts der Geschichte von 1914 bis 1945, aber nicht weise. Wer die Waffen scheut, muss verhindern, dass andere sie gegen das eigene Land richten. Das nennt man Abschreckung, und die erfordert leider Kampffähigkeit. Die fehlt der Bundeswehr, was aber nicht ihre Schuld ist, sondern tief verwurzelt im kollektiven Bewusstsein steckt."[3].

Charlotte Wiedmann: Gegenstimme zur stärkeren Militarisierung deutscher Außenpolitik

Charlotte Wiedmann hat in der Berliner „taz" am 28. Oktober 2020 nachdenkenswerte Sätze zum „Vormarsch des Militarismus" unter dem Titel „Vormarsch des Militarismus: Vom Mythos der Reife veröffentlicht"[4]. Darin schreibt sie:

„Wer heutzutage nach Argumenten gegen eine militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder sucht, muss sich nicht mehr auf Pazifismus berufen. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte liefern allen Grund, Interventionen mit höchster Skepsis zu betrachten: vom Experiment Kosovo, wo 60.000 Nato-Soldaten in einem Gebiet von der halben Größe Schleswig-Holsteins eingesetzt wurden, über die Kriege in Irak und Libyen bis zum Desaster in Afghanistan. (...)

Wären Fakten von Bedeutung, müsste es heute leichter sein, gegen Waffengänge zu plädieren. Dennoch ist das Nein geächtet. Weil es kaum

[2] https://securityconference.org/assets/01_Bilder_Inhalte/03_Medien/02_Publikationen/MSC_Germany_Report_10-2020_De.pdf
[3] https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-10/schweden-aufruestung-militaerhaushalt-russland-wladimir-putin
[4] https://taz.de/Charlotte-Wiedemann/!a1607/

mehr abweichende Welterklärungen gibt, kaum Alternativen zu den allgegenwärtigen sicherheitspolitischen Mythen, die – grob umrissen – den Planeten aufteilen in ein aggressives Russland, ein herrschsüchtiges China, einen schiitischen Krisenbogen und ein migrationswütiges Afrika.

Erstmals wurde dieses Jahr das Nato-Manöver „Steadfast Noon“, bei dem auch deutsche Piloten den Einsatz US-amerikanischer Atomwaffen trainieren, nicht mehr geheim gehalten. Nuklearwaffen offensiv zu bewerben gehört zur neuen Ausrichtung der Nato; die Öffentlichkeit nimmt es hin.

In keinem anderen Bereich ist die Unterwerfung unter herrschende Ideologien so still und so umfassend. Der rumorenden zivilgesellschaftlichen Ermächtigung in Fragen von Klima, Verkehr oder Agrarpolitik steht eine erschütternde Entmächtigung bei dem Thema Sicherheit gegenüber. Selbst die Rüstungsindustrie wird von Kritik weitgehend verschont – als wären Waffensysteme, neben allem anderen, nicht auch Klimakiller.

Deutschland ist viertgrößter Rüstungsexporteur, doch der Einfluss der entsprechenden Konzerne wird kaum behelligt.

Die SPD will nun bewaffnete Drohnen. Automatisiertes Töten als sozialdemokratische Ethik – warum schreit da kaum jemand auf in der Partei?

Während das kritische linke antirassistische Spektrum vollauf mit dem Ringen um die inneren gesellschaftlichen Verhältnisse beschäftigt ist, verbreitet sich in der Außenpolitik und in den Fragen von Krieg und Frieden ungestört eine rechtsgewirkte Hegemonie. Der flagrante Rechtsextremismus im Kommando Spezialkräfte müsste alarmieren.

Ausgerechnet den Elitesoldaten, die weltweit operieren sollen, wird die Verfassung zu eng. Die Annahme liegt nahe, dass sie aus der Flasche mit dem Etikett ‚globale Präsenz der Bundeswehr‘ ein paar Schluck zu viel genommen haben“.

Werden die Gewaltenteilung und die Demokratie in Deutschland insgesamt in der Lage sein, einem immer stärker entgrenz- ten Militarismus in mit Verweis auf Grundgesetz und Völ- kerrecht Einhalt zu gebieten?

Es wird höchste Zeit, dass Gewerkschaften, Kirchen, kritische Soldatinnen und Soldaten sowie die Zivilgesellschaft in Deutschland die Zeichen der Zeit erkennen – und ins Handeln kommen. 75 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges sind die Lehren daraus hochaktuell: „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus“.

Clemens Ronnefeldt,

Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

Im Namen des Islam und im Namen des Propheten: keine Gewalt!

(ThN) Nach den furchtbaren Mordtaten in Frankreich las und liest man in unseren Medien landauf und landab wieder die große Klage über den politischen, gewalttätigen Islam. Es ist erstaunlich, wer sich alles dazu äußert. Was man nicht zu lesen bekommt, ist die folgende Stellungnahme eine der höchsten Autoritäten im sunnitischen Islam. Bitte verbreitet daher diese Stellungnahme, wo immer ihr dazu Gelegenheit findet:

(23.10.2020) Der Großimam von Kairo, Ahmad Al-Tayyeb, hat den islamistischen Terrorakt von Paris scharf verurteilt. „Als Großimam der Al-Azhar erkläre ich vor dem allmächtigen Gott, dass ich mich von dieser abscheulichen kriminellen Tat distanziere und von allen, die solche abweichenden, falschen Gedanken annehmen“, so Al-Tayyeb bei einem interreligiösen Friedensgebet in Rom. Die Verurteilung des „schrecklichen Mordes in Paris“ spreche er auch im Namen der Lehren des Islam und des Propheten Mohammed aus. Der Großimam gilt als eine der höchsten Lehrautoritäten im sunnitischen Islam. Gleichzeitig verurteilte Al-Tayyeb blasphemische Äußerungen. Es sei „intellektuell zweifelhaft und ein Aufruf zum Hass“, wenn „unter dem Slogan der Meinungsfreiheit Religionen beleidigt und ihre heiligen Symbole missbraucht werden“. Gleichwohl verträten „der Terrorist und seine Leute“ von Paris die Religion Mohammeds ebenso wenig „wie der neuseeländische Terrorist, der Muslime in einer Moschee erschoss, die Religion Jesu vertritt“.

Roland-Vogt-Friedenspreis der Kampagne Stopp Air Base Ramstein an Konni Schmidt verliehen

Aus dem Grußwort des Internationalen Versöhnungsbundes Deutscher Zweig von Ullrich Hahn und Annette Nauerth:

Konni Schmidt ist uns im VB ans Herz gewachsen durch seine Begleitungen von zwei Radtouren mit seinem Friedensmobil.

Die Jugendlichen des VB hatten 2014 die Feier des 100 jährigen Gründungsdatums des VB zum Anlass genommen, eine Radtour von Köln nach Konstanz zu organisieren. Konni begleitet die Gruppe mit dem Friedensmobil und ließ unsere Jugendlichen nicht unversorgt.

Im September 2019 haben wir als Gesamtverband eine friedenspolitische Radtour durch die neuen Bundesländer durchgeführt, auf den Spuren der „Gewaltfreien Revolution“. Konni hat uns erneut begleitet und mit seinen Kochkünsten versorgt, trotz bereits eingeschränkter Gesundheit.

Wir, die etwa 20 Teilnehmenden dieser Radtour aus dem Internationalen Versöhnungsbund haben dankbar Konnis Unterstützung in Anspruch genommen, auch seine Erfahrung aus vielen tausend Kilometer Friedens-Fernfahrten, durch die er uns mit hineinnahm in eine lange Geschichte solcher grenzüberschreitenden Aktionen.

Unvergessen auch der Abend, an dem er spontan einen Vortrag über Sternbilder hielt und wir draußen die Schönheit des Sternhimmels bewunderten und neu sehen lernten.

Konnis unermüdlicher Einsatz für Frieden bis an die eigenen Grenzen und etwas darüber hinaus hat allen imponiert, und dass er für diesen langjährigen Einsatz nunmehr auch öffentlich geehrt wird, freut uns sehr, zumal Roland Vogt, Namensgeber des Preises, auch Mitglied des VB gewesen ist. Nicht bei allen Preisen ist die Auswahl des Preisträgers so gelungen wie hier.

Jülicher Kreissynode beschließt Appell an EKD zur grundlegenden Veränderung der Militärseelsorge

Hanno Paul hat Informationen von Matthias Engelke für unsere Homepage zusammengefasst:

Die Synode des Ev. Kirchenkreises Jülich hat auch auf Anregung des Versöhnungsbundmitgliedes Hans-Joachim Schwabe auf ihrer Tagung am 3. Oktober dieses Jahres einen Appell an die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) für die Zukunft der Militärseelsorge beschlossen. In Zusammenhang mit der aktuellen Bewegung „Kirche auf dem Weg des gerechten Friedens“ fordern die Synodalen die EKD auf, mit der Bundesregierung eine Änderung der entsprechenden Verträge zu verhandeln. Ziel ist es, Militärseelsorger*innen künftig als Pfarrer*innen in kirchlichen Pfarrstellen zu beschäftigen und nicht mehr als Bedienstete der Bundeswehr. Die Seelsorger*innen sollen unabhängig von militärischen Strukturen und Befehlsketten arbeiten, ohne Uniform und ohne Privilegien der Bundeswehr – so wie es Seelsorger*innen für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste seit jeher tun. Militärseelsorger*innen wären dann in der Lage, in Seelsorge, Verkündigung und persönlichen Äußerungen unabhängig von einem staatlichen Dienstgeber zu arbeiten.

Die Synode griff damit Forderungen auf, die im Versöhnungsbund immer wieder z.B. auch von der Kommission Friedensauftrag und Militär diskutiert wurden.

Auf *www.versoehnungsbund.de/2020-10-18-juelicher-kreissynode* findet man die Dokumente dazu.

„MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“

Berthold Keunecke zieht ein Resümee einer Kampagne, die offiziell beendet wurde – die Arbeit am Thema aber nicht.

Vier Jahre lang habe ich in dieser kleinen aber intensiven Kampagne für den Versöhnungsbund mitgewirkt, als Teil des dreiköpfigen Sprecherteams: Wir haben die regelmäßigen Bundestagsabstimmungen über die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Syrien kritisch begleitet. So haben wir dazu beigetragen, dass die Unterstützung für die Einsatzverlängerungen stetig sank. Diese sinkenden Stimmenzahlen für die Mandatsverlängerungen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich viele der Abgeordneten inhaltlich nicht mehr mit dem Thema auseinandersetzen. Das ist einer der Gründe, weshalb wir als Kampagne unsere Arbeit als breit angelegte Kampagne beendet haben und nun als Arbeitsgruppe im Netzwerk Friedenskooperative weiter Einfluss nehmen wollen. Die anderen Gründe – da will ich ehrlich sein – liegen in der mangelnden Unterstützung seitens der Friedensbewegung. Der Krieg in Syrien scheint vielen zu kompliziert und zu entfernt zu sein, um Stellung zu beziehen. Unsere Methode des Graswurzellobbyings scheint mir weiterhin attraktiv, aber sie braucht mehr Engagement von der Bewegung.

So konnte es sein, dass die schwindende Unterstützung der Anträge der Bundesregierung mit einer wachsenden Chuzpe in deren Begründungen einherging, die aber trotzdem weiterhin genehmigt wurden: Das Extrem war die völkerrechtliche Begründung des Antrags im März 2020, die den Einsatz auch in Syrien mit der Zustimmung des irakischen Ministerpräsidenten zu legitimieren suchte. Die oppositionellen Abgeordneten haben über die Jahre hinweg ziemlich stetig gegen die Verlängerung der Mandate gestimmt. Aber die Abgeordneten der Regierungsfraktion wurden von ihren Fraktionsvorsitzenden immer wieder in Einzelgesprächen unter Druck gesetzt – obwohl das mit der Gewissensfreiheit der Abgeordneten gerade in Fragen von Krieg und Frieden nur schwer zu vereinbaren ist.

Inhaltlich wird der Bundeswehreinsatz weiterhin mit der Gefahr durch den sogenannten „IS“ begründet. In Presseerklärungen hat die Kampagne immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Begründung nur vorgeschoben ist: Die „IS“- Kämpfer arbeiten nur noch im Untergrund, während Dschihadisten mit entsprechender Ideologie weiterhin von dem NATO-Land Türkei unterstützt werden. Seit 2015 fordert der UN-Sicherheitsrat, dass die Unterstützungen für solche Milizen aufhören müsse; doch haben insbesondere westlich orientierte Staaten diese nie völlig beendet. Die „IS“-Einheiten haben sich in dem Gebiet östlich des Euphrat am längsten gehalten, in dem die US-Truppen das Vordringen syrischer Truppen aufgehalten haben.

Der Kampagnenrat hat darauf verwiesen, dass weder die völkerrechtlichen noch die inhaltlichen Begründungen für die Entsendung von Bundeswehrsoldat*innen nach Syrien einleuchtend sind. Die wirklichen Begründungen für die Mandatsverlängerungen liegen zum einen in der Fraktionsdisziplin der Regierungsparteien und in dem geopolitischen Interesse der NATO an einer weiteren Stationierung von Militär in der Region. Dabei spielt der Konflikt zwischen den USA und dem Iran und der Wunsch, einen Regimewechsel in Syrien durchzusetzen, wohl die entscheidende Rolle. Weil das aber völkerrechtlich inakzeptabel ist und weil Deutschland offiziell die Sanktions- und Kriegspolitik der USA gegen Iran kritisiert, können diese Begründungen nicht offen diskutiert werden. Der Frieden in Syrien und die humanitäre Katastrophe, die dieser internationalisierte Krieg in Syrien gebracht hat, spielt für die Diskussion über die Mandatsverlängerungen keine Rolle mehr. Zivile Lösungen werden weder in den Medien noch im Bundestag bedacht, weil sie offensichtlich nicht gewollt werden.

In der Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ haben wir uns bis zuletzt auch für die Aufhebung der „Caesar-Sanktionen“ der USA eingesetzt; die Syrien von Nahrungs- und Medikamentenlieferungen abschneiden, bis heute. Eine diplomatische Vertretung Deutschlands in Damaskus wäre so nötig, um Einfluß zu nehmen und Konflikte bearbeiten zu können.

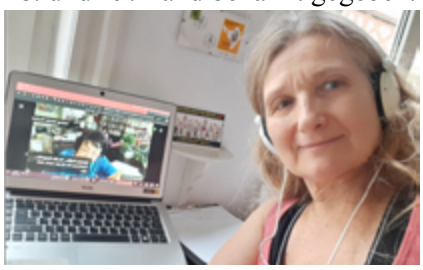
An diesen Themen werden wir nun nicht mehr als Kampagne, sondern als Arbeitsgruppe im Netzwerk Friedenskooperative weiterarbeiten – werden für die gesamte arabisch-türkische Region Sachinformationen sammeln und zur Verfügung zu stellen. Wer da mitarbeiten will, sei herzlich eingeladen: Informationen bei Berthold Keunecke.

Hurra, der Atomwaffen-Verbotsvertrag kommt!

Marion Küpker, Friedensreferentin beim deutschen Zweig des Versöhnungsbundes, berichtet über Aktivitäten von Mitte August bis Anfang November 2020!

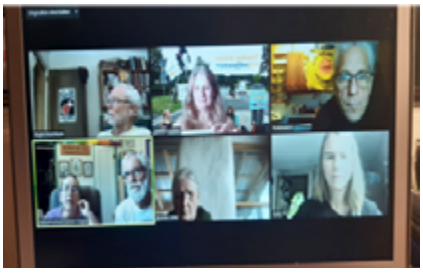
75 Jahre Vereinte Nationen + 50 Ratifizierungen

Endlich!!! Am 24. Oktober 2020, zum 75. Jahrestag der Vereinten Nationen, ratifizierte Honduras als 50. Land den Atomwaffen-Verbotsvertrag. Damit tritt dieser Vertrag 90 Tage später, also am 22. Januar 2021 in Kraft. Bereits am Vortag, am 23. Oktober, hielten UN- VertreterInnen aus Österreich, Brasilien, Costa Rica, Indonesien, Irland, Mexiko, Neuseeland, Nigeria, Südafrika und Thailand in Zusammenarbeit mit ICAN eine Video-Konferenz ab. Dort wurden die Inseln Nauru und Jamaika als 48. und 49. Land bekannt gegeben.



ICANs Vorankündigung der baldigen 50. Ratifizierung ließ die Spannung immer mehr ansteigen: die US-Regierung drängte nun erfolglos Länder, ihre Ratifizierung wieder zurückzuziehen, damit der Vertrag noch verhindert werden könne. Demgegenüber beschäftigten sich viele Video- Konferenzen bereits mit den Planungen für die Verbotsvertrags-Feierlichkeiten und den Folgeaktivitäten.

Hier gedachten wir auch der Catholic Workers Nonne Ardeth Plate, die nur zwei Wochen vor dieser wichtigen 50. Ratifizierung im Alter von 84 Jahren verstarb. Schwester Ardeth überreichte Oberleutnant Gregor Schlemmer (damaliger Leiter des



Im Bild ist die Video-Konferenz mit unserem US-Aktionsnetzwerk: Nuclear Resisters/Arizona, Nukewatch/Wisconsin, OREPA/ Tennessee und mir - 23. Oktober.

Bücheler Atomwaffen-Luftwaffengeschwaders 33) im Jahr 2017 den Entwurf des UN Verbotsvertrages, direkt nachdem dieser von 122 Staaten bei den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Wie gerne hätten wir sie bei diesem Erfolg dabei gehabt!

Ardeth mit ICAN-Schild beim Go-In in 2017 in Büchel!

Unser **Trägerkreis-Kampagnenrat** hatte bereits die Pressemitteilung und den Newsletter im Vorfeld für die 50. Ratifizierung vorbereitet, sodass wir mit der Öffentlichkeitsarbeit schnell reagieren konnten. Für unsere Bundestagswahl 2021 ist dieser Verbotsvertrag richtungsweisend: unsere Lobbyarbeit läuft schon jetzt auf Hochtouren. Im Rahmen der ICAN-Partnerorganisationen in Deutschland haben wir einen Offenen Brief an **Bündnis 90/Die Grünen** veröffentlicht, in dem wir ein klares Bekenntnis der Grünen zum UN-Atomwaffenverbot fordern (u.a.):

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sollen sich dafür einsetzen, dass im Grundsatzprogramm ein klares und verbindliches Bekenntnis zum Ende der Nuklearen Teilhabe in der NATO und zu einem deutschen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag verankert wird!

Siehe hier auch die vielen Unterzeichnenden VB-Mitglieder: *www.atomwaffenfrei.de/home/artikel/c5f979438294e656c0d5afc354827f56/offener-brief-an-buendnis-90die-gruenen.html*

Offener Brief aus 20 NATO-Staaten

Obwohl noch kein einziges NATO-Land die Zustimmung zum Atomwaffenverbot gegeben hat, werden nun auch hier unterstützende Stimmen laut: Am 21. September 2020 veröffentlichten 56 ehemalige Staats- und Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsminister aus 20 NATO-Staaten sowie aus Japan und Südkorea einen Offenen Brief, indem sie ihre Regierungen zum Beitritt des UN-Atomwaffen-Verbotsvertrages auffordern: *https://d3n8a8pro-7vhmx.cloudfront.net/ican/pages/1712/attachments/original/1600624626/TPNW_Open_Letter.pdf?1600624626* (in Englisch)

Unter dem Titel **Atomwaffenverbot in Kraft** interviewte am 26. Oktober 2020 Franz Alt unser VB-Mitglied Matthias Engelke zusammen mit Heidi Kassai von ICAN:

https://youtu.be/a7WgPgfScs0?t=93

Ein **tolles Portrait** wurde am 18. Oktober 2020 über unser VB-Mitglied Elke Koller vom regionalen

Initiativkreis gegen Atomwaffen in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht:

www.fr.de/zukunft/storys/75-lektionen-mut/elke-koller-versuche-es-und-wieder-und-wieder-90073275.html?fbclid=IwAR2DGCxeyjKtpMxFrBdD6kHD5BYF0y-1wvCAQh_0oNf6KEm4QHVOQ4nmFHM

NATO - Kommandozentrale Kalkar

Am 3. Oktober 2020 fand - parallel zum Atomwaffen-Manöver „Steadfast Noon“ - an der NATO-Kommandozentrale in Kalkar mit ca. 200 DemonstrantInnen eine Protestveranstaltung statt, zu der ich als Rednerin eingeladen war. In Kalkar befindet sich die Luftleitzentrale der Bundeswehr für die Planung und Führung von Luftoperationen, die das deutsche Joint Force Air Component Headquarter ist. Hier werden mit dem NATO-Lagezentrum *Combined Air Operations Centre der NATO* und dem bundeswehreigenen *Zentrum Luftwaffenoperationen* Bundeswehr *(ZentrLuftOp)* die wichtigsten Einrichtungen der Luftwaffe von NATO und Bundeswehr vereint. Das *ZentrLuftOp* ist für die Flugdaten und Flugkontrolle der Atombomber zuständig. Zu dieser Operationszentrale zählt auch das *Zentrum Weltraumoperationen*. Das NATO-Bündnisgebiet hat sich aktuell bis an die Grenze Russlands ausgebreitet und wird von Kalkar aus „verteidigt“. So werden z.B. die an der russischen Grenze stattfindenden NATO-Flugmanöver von hier aus gesteuert.

Konkret heißt das: Kalkar steht im Zusammenhang mit dem Atomwaffenstützpunkt Büchel für:

- die Planung und Führung von multinationalen Einsätzen von Luftstreitkräften, sowie die Kooperation mit den Hauptquartieren der anderen NATO-Länder
- die Durchführung von NATO-Manövern „Steadfast Noon“ mit jährlichen mehrtägigen „Übungen für den Atomkrieg“ im NATO-Bündnis - natürlich inklusive dem Jagdbombergeschwader 33 des Bundeswehr-Fliegerhorstes Büchel in der Vulkaneifel!
- die Einbindung der nicht-nuklearen deutschen Luftwaffengeschwader: so starteten auch Aufklärungsflugzeuge im Jahr 2019 in Büchel.

Bezüglich des neuen Kalkarer Zentrums für Weltraumoperation ist ein zukünftiger Zusammenhang sehr wahrscheinlich: Satelliten-gelenkte Flügel der geplanten neuen Bücheler Atombombe (Typ B61-12) sollen während des Atombomben-Fallens durch militärische Satelliten ins Ziel nachkorrigiert werden können.

Klima und Atombomben-Trägerflugzeuge

Die Zusammenarbeit mit Fridays for Future ist im militärischen Bereich sehr wichtig: Allein die neuen 45 US-Atombombenkampfjets A 18, die Annegret Kramp-Karrenbauer für 10 Mrd. $ in den USA hierfür einkaufen möchte, zeigen mild ausgedrückt, ihre Klima-Blindheit.

Die CO2-Belastung je Flugstunde beim Tornado Kampfflugzeug liegt bei 12.000 kg (12 t). Die Bücheler Atombomben-Piloten vom Luftwaffengeschwader 33 erreichten im April 2019 nach 34 Jahren ihre 200.000te Tornado-Flugstunde. Das haben sie in Büchel medienwirksam gefeiert, d.h. allein die Atombomberjets haben bis heute (2020/35 Jahre) ca. 2,5 Millionen Tonnen CO2 in unsere Umwelt geblasen. Der Tornado-Kampfjet wird seit 1985 in der Eifel eingesetzt.

Atomwaffen töten, bevor sie eingesetzt werden

Am 17. September 2020 hielt ich im ostfriesischen Emden unter Corona-Bedingungen einen Vortrag darüber, dass Atomwaffen bereits vor ihrem Einsatz millionenfach getötet haben, bzw. auch immer noch töten. Menschengemachte radioaktive Partikel wurden und werden freigesetzt beim Uranabbau, durch Atomtests, die Atommüll-Meeresverklappung, sowie allen weiteren Atomwaffen-Produktionsschritten. Sie sind auch heute noch unsichtbar verantwortlich für viele – oft tödliche – Erkrankungen. Es gibt über Claus Biegert vom Nuclear Free Future Award und auch der IPPNW diesen aktuellen Uranatlas (siehe Bild) mit großartigem Kartenmaterial in deutsch und englisch zu bestellen.

VB Berichte global

Gerichtsprozesse

In den letzten beiden Monaten gab es wieder einige Gerichtsverfahren, deren Prozesserklärungen Ihr regelmäßig auf unserer Webseite nachlesen könnt:
https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/prozesse/

Da aktuell weitere Verfahren laufen, Verfassungsbeschwerden eingereicht und abgelehnt werden, und auch unsere Strategiediskussion unter den Prozessgruppen noch weiter läuft, plane ich, dieses Thema im nächsten Bericht ausführlicher zu beleuchten.

Ich möchte hier nur kurz über ein erfolgreiches Verfahren vom 2. September vor dem Amtsgericht Cochem wegen Fotografierens der Fliegerhorst-Zaunanlage berichten. Der Richter stellte gleich zu Beginn der Verhandlung das Verfahren gegen Dietrich G., von der Hamburger Catholic Workers Gemeinschaft Brot und Rosen, ein.

Marion Küpker, vertritt den Versöhnungsbund im Kampagnenrat der Trägerkreisorganisation Atomwaffen abschaffen-bei uns anfangen! Im Trägerkreis ist sie Sprecherin der Kampagne Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt.

E-Busse statt U-Boote!

Hanne Adams engagiert sich in Initiativen zur Rüstungskonversion in Thüringen

Von Jena und anderen Orten in Thüringen gehen Impulse für Rüstungskonversion und zivile Verteidigung aus. Das freut mich. Obwohl ich in Erfurt wohne und mich dort bei Aktivitäten für eine friedlichere Welt einbringe, hat mich seit 2014 das lebendige und engagierte Miteinander des Trägerkreises Rüstungskonversion so angesprochen, dass ich dort mitmache, wenn auch nicht ganz regelmäßig. Im Netzwerk für Rüstungskonversion vertrete ich die Offene Arbeit des Kirchenkreises Erfurt und den Versöhnungsbund.

Den Trägerkreis Rüstungskonversion gibt es seit 2012. Mit dabei sind Vertreter_innen des Evang. Kirchenkreis Jena, der IG Metall, der IPPNW und der DFG-VK. Auf verschiedene Weise versucht der Trägerkreis, das Unternehmen Jenoptik zur Umwandlung seiner Rüstungssparte in eine Produktionsstätte ziviler Güter zu bewegen. Auch zwei Mitarbeiterinnen von Jenoptik – eine von ihnen inzwischen im Ruhestand – sind dabei.

Das **Netzwerk Rüstungskonversion Thüringen (NRT)** gibt es seit 2018. Ihm gehören z.Zt. 23 – Initiativen, Vereine und Organisationen an. Neben zum Teil kleineren Initiativen sind das u.a. der Trägerkreis, der Versöhnungsbund, der DGB Hessen-Thüringen, die IG Metall Jena-Saalfeld, der Evangelisch-Lutherische Kirchenkreis Jena, DIE LINKE Thüringen, die IPPNW, die DFG-VK, das Netzwerk Friedenssteuer, das Martin-Luther-King-Zentrum Werdau, Sachsen, und der/die Friedensbeauftragte der Evang. Kirche Mitteldeutschland.

Netzwerk
Rüstungskonversion
Thüringen

Das NRT ging aus der ‚Initiative für einen Rüstungskonversionsfonds Thüringen' hervor, die 2015 gegründet worden war in der Hoffnung, dass die rot-rot-grüne Landesregierung diese Idee unterstützt. Anlässlich einer Podiumsdiskussion im Lutherjahr 2017 sprach sich Ministerpräsident Ramelow dafür aus, den politischen Einfluss, den das Land Thüringen mit seinem Anteil von elf Prozent an dem Unternehmen Jenoptik hat, für Rüstungskonversion zu nutzen (OTZ 27.05.17). – Nach mehreren größtenteils erfolglosen Bemühungen schwand die Hoffnung auf einen solchen Fonds. Die Idee eines Netzwerks Rüstungskonversion für ganz Thüringen brachte wieder mehr Schwung, deshalb die Umbenennung. Der Trägerkreis (lokal in Jena) ist nach wie vor überwiegend der Motor des Netzwerks. Fast alle, die zum Trägerkreis gehören, machen auch beim Netzwerk mit. Beide sind zu finden unter *https://www.ruestungskonversion-thueringen.de/*

Eine medienmäßig gut beachtete Aktion gab es im Juni 2020: Eine maßstabsgetreu nachgebildete Atombombe schwebte über Jena. Diese und weitere gleichartige Attrappen von Nikolaus Huhn waren auch schon in Büchel im Einsatz. Weitere öffentliche Auftritte gab es u.a. beim Besuch des Friedensritts 2019 und der Teilnahme bei „Frieden geht" 2018 mit einer Installation von Nikolaus Huhn. Daran beteiligt haben sich außer dem Trägerkreis Jena auch der Aktionskreis für Frieden Erfurt, Sprecherin Ute Hinkeldein, die Initiative „Welt ohne Waffen" Weimar, deren Initiator der frühere Kunst-Professor

Olaf Weber ist, und andere.

Viele Aktivitäten sind auf Jenoptik gerichtet. Einzelne Mitglieder des Trägerkreises beteiligten sich im Rahmen der Kritischen Aktionäre an mehreren Jahreshauptversammlungen. 2014 machte der Trägerkreis mit der Aktion „Eine Aktie am Krieg haben“ und dem Verteilen von nachgebildeten – kritischen – Aktien vor dem Gebäude auf die besondere Verantwortung der Aktionäre aufmerksam.

Auf Anregung des Trägerkreises beschäftigten sich Betriebsräte von Jenoptik, nicht nur in Jena, mit dem Thema Rüstungskonversion. Es gab ein Gespräch von Mitgliedern des Trägerkreises mit dem Vorstandsvorsitzenden Stefan Traeger. Ein weiteres Treffen ist noch für dieses Jahr geplant. Jenoptik hatte vor, seine Rüstungssparte Vincorion zu verkaufen, inzwischen ist davon keine Rede mehr. Im Gegenteil, das Rüstungsgeschäft von Jenoptik boomt wieder.

2014 wurde als Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen der Online-Rüstungsatlas Thüringen erstellt in Zusammenarbeit mit der Uni Jena und IMI Tübingen. Er ist inzwischen veraltet und deshalb teilweise vom Netz genommen. Er müsste dringend aktualisiert werden.

Um friedenspolitische Themen in die Öffentlichkeit zu bringen, lädt der Trägerkreis, unterstützt vom Netzwerk, immer wieder Referent_innen nach Jena ein. So war dort jetzt im September Christian Jakob, Journalist für die taz und Autor des Buches „Diktatoren als Türsteher Europas“, bei einer Kooperationsveranstaltung mit dem Thüringer Flüchtlingsrat zu Besuch. Weitere Referenten waren 2014 der kürzlich verstorbene Otfried Nassauer, Gründer des Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit (BITS), 2015 der Journalist

Andreas Zumach, 2016 Jörg Weingarten, Hans-Böckler-Stiftung, 2017 der Friedens- und Konfliktforscher Henrik Paulitz, 2018 der Redakteur und Reporter Markus Bickel und 2019 der Journalist Emanuel Matondo.

Trägerkreis und Netzwerk verfolgen auch aufmerksam die Auftragsvergabe für Schnellfeuergewehre für die Bundeswehr. Der Einspruch gegen die Vergabeentscheidung des Verteidigungsministeriums an die Firma Haenel, Suhl, wird derzeit geprüft.

Zeitansage zum 03.10.2020

Maike Kramer findet Worte, die bei den Feierlichkeiten zur Deutschen Einheit nicht gesagt wurden

Dritter Oktober – Tag der Deutschen Einheit. Vor genau einem Jahr wurde hier in Sankt Nikolai zu Kiel der Ökumenische Gottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit gefeiert. Als Sängerin im SanktNikolaiChor hatte ich die Ehre, an dieser Veranstaltung teilnehmen zu dürfen, die eher einem minutiös inszenierten Theaterstück glich als einem Gottesdienst. Es war eine gelungene Veranstaltung – ohne Zwischenfälle und unter Einhaltung der vorgesehenen Zeit. Es war eine schöne, runde Veranstaltung – um 30 Jahre Deutsche Einheit zu zelebrieren. Ich erinnere mich, dass Erleichterung und Freude darüber zum Ausdruck kamen, dass es keine innerdeutsche Grenze mehr gibt, an der Menschen erschossen werden. Durch Beiträge von verschiedenen Seiten wurde die Vielfalt unserer Gesellschaft symbolisiert, und es wurde vermittelt, wie wichtig es ist, auch heute noch am gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu arbeiten.

Ja, es war eine schöne Veranstaltung. Aber mehr noch war es eine verpasste Chance.

Während des Gottesdienstes hörte ich die Stille all der Worte, die nicht gesagt wurden, und diese Stille schrie in meinen Ohren. Diese Worte, die nicht gesagt wurden – heute möchte ich sie aussprechen. Auch wenn die politisch Verantwortlichen sie heute und hier nicht hören können, sollen sie gesagt werden.

- Welch ein Glück, dass die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland von immer geringerer Bedeutung ist! Doch wie erschreckend, dass vermeintliche oder tatsächliche Herkunft aus dem Ausland nach wie vor, nein sogar zunehmend zu Diskriminierung und Gewalt führen. Den Tag der Deutschen Einheit zu feiern bedeutet, sich für die Abschaffung diskriminierender Praktiken wie „Racial Profiling“, für die Erneuerung von Strukturen unter Abschaffung struktureller Gewalt und für An-

ti-Diskriminierungs-Programme in der Kinder- und Erwachsenenbildung einzusetzen.

- Welche ein Glück, dass es die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland nicht mehr gibt! Doch wie besorgniserregend, dass es in unserem Land immer noch unsichtbare Grenzen gibt. Die Grenze zwischen Arm und Reich ist ähnlich unüberwindbar wie seinerzeit die Mauer. Den Tag der Deutschen Einheit zu feiern bedeutet, sich für eine Umverteilung der Mittel und für die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems einzusetzen.
- Welch ein Glück, dass die Berliner Mauer und die Grenzzäune quer durch Deutschland eingerissen wurden! Welch ein Glück, dass keine Menschen mehr bei dem Versuch, eine innerdeutsche Grenze zu überqueren, erschossen werden! Doch wie furchtbar, dass eine unsichtbare Mauer rings um Europa gezogen wird. Wie grausam, dass wir Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Hunger fliehen, im Mittelmeer ertrinken lassen, in von verbrecherischen Regimen beherrschte Länder zurückbringen oder in überfüllten Lagern einsperren. Wie beschämend, dass die Menschenrechte, die in unserem Grundgesetz verankert sind, an den Grenzen Europas mit Füßen getreten werden. Den Tag der Deutschen Einheit zu feiern bedeutet, für die Umsetzung der Grundrechte überall auf der Welt einzustehen, auch und gerade an den europäischen Außengrenzen.

Den Tag der Deutschen Einheit mag ich nur feiern, wenn er uns daran erinnert, unsere Verantwortung für die Eine Welt wahrzunehmen.

Nachruf auf Otfried Nassauer

Es fällt schwer, von guten Kollegen und Freunden Abschied zu nehmen. Das gilt ganz besonders für Otfried Nassauer. Die taz charakterisierte ihn in ihrem Nachruf als ein „Unikum, ein Einzelwesen“. Otfried Nassauer, geboren am 20.8.1956 in Siegen, gestorben am 1.10.2020 in Berlin im Alter von nur 64 Jahren, hat das Archiv des „Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit“ (BITS) aufgebaut und dort immens viel Material und Wissen über deutsche und internationale Rüstungspolitik, auch der USA, sowie über Friedens- und Sicherheitspolitik gesammelt und – das ist wichtiger – auch weitergegeben. Otfried Nassauer ist ein Kind der Friedensbewegung der 80er Jahre. Er studierte Theologie, bevor er sich als freier Journalist, kritischer Berater der Friedensbewegung, von Presseorganen, Fernsehanstalten und Rundfunk, Lieferant von Hintergrundinformationen und Referent bei unzähligen Tagungen als kompetenter Fachmann bewährte. Seine Analysen waren präzise und von Faktenwissen geprägt. Er konnte Informationen, Meinungen und Interessen auseinanderhalten. Ideologisch verkürzt hat er nie argumentiert.

Auch die Evangelische Erwachsenenbildung, einschließlich der Evangelischen Akademie im Rheinland, hat ihn oft eingeladen. Mit seinem Siegerländer Akzent, engagiert, freundlich und aufmerksam beteiligte er sich mit Referaten und noch überzeugender in der detaillierten problemorientierten Diskussion. Das befähigte ihn, auch kritisch mit Militärs zu sprechen. Otfried Nassauer wusste, was Krieg und Gewalt bedeuten und konnte analytisch distanziert damit umgehen. Wenn man etwas wissen wollte, war es ratsam, zunächst die reichhaltige und stets aktuelle Website www.bits.de zu konsultieren oder ihn einfach anzurufen.

Otfried war nicht nur ein herausragender Fachjournalist, sondern auch ein offener, guter Freund und Weggenosse. Die Trauer um ihn ist groß. Die dauerhafte Erinnerung an ihn ist gewiss.

Bad Honnef, 14.10.2020 Ulrich Frey

Archiv Clemens Ronnefeldt.

Auch Clemens Ronnefeldt war drei Jahrzehnte mit Otfried Nassauer freundschaftlich verbunden. Sowohl 2019 als auch noch im Juni 2020 hatte unser VB-Friedensreferent ihn in seine Sendung „Friedensfragen mit Clemens Ronnefeldt“ eingeladen. Otfried arbeitete zu vielen Artikeln dem Friedensreferat mit seinem Hintergrundwissen zu. Der Versöhnungsbund verliert mit Otfried ein friedenspolitisch überaus engagiertes Mitglied mit riesiger Expertise und trauert um einen lieben Freund.

Es war schön, uns hier gesehen zu haben

Hanno Paul berichtet von der Mitgliederversammlung

Am 19. September trafen sich in Kassel 40 Mitglieder des Versöhnungsbundes, um ihre im Mai wegen Corona ausgefallene Mitgliederversammlung nachzuholen und ein paar Rahmenbedingungen für die Arbeit des VBs für die nächste Zeit festzulegen.

Unsere Vorsitzende Annette Nauerth eröffnet die MV, neben ihr unser Geschäftsführer Clemens Holz und am Tisch Clemens Ronnefeldt

Zu den jährlichen Berichten der Mitarbeiter*innen und des Vorstandes gesellten sich in diesem Jahr die Ergebnisse der Strategiearbeitsgruppe. Diese hatte seit 2018 viermal getagt, um Perspektiven für den Verband zu erarbeiten. Die Zusammenfassung findet sich für eingeloggte Mitglieder im Mitgliederbereich.

Neben vielen Anregungen im Detail war ein zentraler Vorschlag, die Geschäftsführung, die zum Jahreswechsel neu zu besetzen ist, wieder als Büroleitung auszuschreiben, die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen, sodass der Bereich Vereinsarbeit weitgehend aus planbaren Mitgliedsbeiträgen und nicht aus unregelmäßigen Spenden finanziert werden kann und zusätzlich im nächsten Jahr eine auf 3 Jahre befristete Projektstelle einzurichten, um Impulse für die Arbeit vor Ort und in den unterschiedlichen Bereichen auf den Weg zu bringen.

Diesem Konzept folgte die MV, wobei über die neue Stelle im nächsten Jahr entschieden werden soll. Der Mitgliedsbeitrag beträgt nun für Geringverdienende 60 Euro, 90-120 Euro für Vollverdienende und kann aber für Menschen, die das nicht bezahlen können, auch weiterhin bis auf 0 Euro reduziert werden. Allen war es wichtig, dass die Mitgliedschaft im VB nicht an den Finanzen scheitern soll.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt war der Umgang mit Menschen und Gruppen, die versuchen, Zweifel an dem Sinn von Anti-Corona-Maßnahmen dazu auszunutzen, noch mehr Menschen unserer Gesellschaft für rechtes Gedankengut empfänglich zu machen. Die Mitgliederversammlung überarbeitete dazu die Stellungnahme des Vorstandes vom 10.9.20, betonte die Unvereinbarkeit der Zusammenarbeit mit rechten Gruppen mit der Mitgliedschaft im VB und regte die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema an.

Bei den Vorstandswahlen wurden Ullrich Hahn als Präsident und Annette Nauerth als Vorsitzende jeweils mit großer Mehrheit bestätigt. Birgit Alhorn, Leah Hablitzel und Eva-Maria Willkomm standen nicht mehr zur Wiederwahl zur Verfügung. Ihnen wurde für ihr Engagement in den letzten Jahren sehr gedankt. Neu gewählt wurden Nele Buchholz und Mirjam Stahl als Tandem als Vertreterinnen des Jugendrates und Bernd Reißmann. Alle anderen wurden in ihrem Amt im Vorstand bestätigt.

Am Ende drückte Annette das Gefühl vieler aus: „Es war schön, uns hier gesehen zu haben und dass diese Veranstaltung in diesem Rahmen möglich war. Wir hoffen aber sehr, im nächsten Jahr unsere Mitgliederversammlung wieder im Rahmen unserer Jahrestagung (dann in Bad Schussenried) durchführen zu können."

Weitere Information auf unserer Homepage *www.versoehnungsbund.de*. Dort im Mitgliederbereich ist auch das Protokoll abrufbar.

Liebe Mitglieder,

gemäß eines Beschlusses der Mitgliederversammlung vom 19. September 2020 werden die Beiträge ab 01.01.2021 erhöht.

Die Information dazu habt Ihr bereits per Post oder per Mail erhalten, und wir möchten an dieser Stelle noch einmal daran erinnern.

Herzliche Grüße aus der Geschäftsstelle

Marion Fröhning und Clemens Holz

Kampagne für einen Erste-Hilfe-Flugzeugträger?

Thomas Nauerth hat auf Anregung der Mitgliederversammlung einen Aufruf gegen unsere maritime Aufrüstung entworfen:

Wir treten als Versöhnungsbund ein für eine Kultur der Gewaltfreiheit. Wir sind gegen jegliches Militärgerät. Und doch gibt es manchmal Nachrichten aus der Welt dieser Militärgeräte, die einen mehr aufregen als andere. Mich zum Beispiel hat diese Meldung enorm wütend gemacht:

„Für rund 5,6 Milliarden Euro beschafft die Bundeswehr vier Mehrzweckkampfschiffe 180 (...) Die Bundeswehr hält sich im Vertrag eine Option zur Beschaffung zwei weiterer Schiffe offen, (...) sowohl für die Luftabwehr als auch für die Über- und Unterwasserseekriegs¬führung ausgerüstet (...) Der Bau (...) ist sowohl für die Deutsche Marine als auch für den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland von herausgehobener Bedeutung. Nach der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zur Finanzierung des neuen Typs am 17. Juni 2020 ist nun der Vertrag zwischen dem Beschaffungsamt der Bundeswehr und der Industrie gezeichnet worden.“[1]

Das Mehrzweckkampfschiff 180 (MKS 180) im Modell. Quelle: Bundeswehr/BAAIN

Was für ein Wahnsinn und was für ein Wahnsinnspreis! Auch Menschen, die militärische Verteidigung grundsätzlich für sinnvoll erachten, sollten sich fragen, ob 5,6 Milliarden für ein bisschen Seekriegsromantik nicht etwas unverhältnismäßig sind. Während der Kauf von nuklearfähigen Kampfflugzeugen hohe Wellen geschlagen hat[2], hört man wenig Protest gegen diese maritime Aufrüstung. Aber Verträge kann man auch kündigen! Warum brauchen wir überhaupt Seekriegsführungskapazität? Kommen die Russen über die Ostsee? Bedroht Grönland Helgoland? Müssen wir Kolonien schützen, neue erkämpfen?

Ich träume daher von einer Kampagne gegen diesen Vertrag und habe die Idee, man kann das gut verbinden mit einer positiven Forderung: einem Erste-Hilfe-Flugzeugträger! Damit wäre auch dem Industriestandort Deutschland sehr geholfen - und den Bedarfen, die bei dieser Pandemie sichtbar werden. Mein Vorschlag wäre also, wir als VB machen einen konstruktiven Vorschlag. Wir fordern:

Statt vier Mehrzweckkampfschiffe einen Erste-Hilfe-Flugzeugträger = ein schwimmendes Hospital, mit Hubschraubern für alle möglichen Rettungseinsätze

Auf diese Weise kann unsere Werftindustrie zeigen, was sie kann und Deutschland kann weltweit schöne Einsätze fahren, wirkliche Verantwortung wahrnehmen und mehr Leben retten, als vier Mehrzweckkampfschiffe je retten werden. Und wenn hierzulande mal wieder Pandemie und Virus ist, dann rufen wir das Schiff zurück; die Menschen von Bremerhaven, Hamburg oder Kiel werden dankbar sein für dieses zusätzliche Krankenhaus.

Einen ersten Aufruf habe ich zum Download auf die Homepage gesetzt, wer mitmachen will, wer Partner, Partnerinnen für eine solche Kampagne gefunden hat, bitte melden!

[1] Vgl. die laufend ergänzten Projektbeschreibungen unter www.bmvg.de/de/aktuelles/neue-schiffe-neues-radar-eurofighter-neue-it-bundeswehr-267934
[2] Vgl. nur https://atombomber-nein-danke.de)

„Jenseits von Richtig und Falsch gibt es einen Ort – dort treffen wir uns“

Bärbel-Lieselotte Kirstein-Mätzold erzählt von ihren Eindrücken von der letzten Mitgliederversammlung in Form eines fiktiven Interviews, als Anregung für weiteres Diskutieren

Interviewer*in: Hallo Bärbel-Lieselotte zu diesem Interview, zu dem du dich bereit erklärt hast zu kommen. Am 19. September fand in Kassel die diesjährige Mitgliederversammlung des VB statt, zu der auch du gekommen warst. Als es dann zur ersten Antragstellung kam, gab es beinahe einen Eklat. Magst du uns darüber etwas Näheres sagen? Wie kam es dazu?

BL: Ja gerne: Es handelte sich um „Anträge zur Positionierung des VBs in der aktuellen Diskussion um die Einschätzung der Corona-Pandemie, Verschwörungsmythen und die Abgrenzung nach Rechts.“

Zuerst war ich sehr aufgeregt, dann überrascht und irritiert und verspürte in mir Widerstand, da durch die Art des Vortragens dieses Antrages ich Verurteilungen hörte und ich mir auch Sorgen machte über eventuelle einseitige Berichterstattungen seitens der Medien, denen ohne differenziertes Hinterfragen Glauben geschenkt worden sei. Mein Überraschtsein rührte auch daher, dass ich persönlich die zahlreichen unterschiedlichen Meinungen über die Corona-Liste akzeptieren konnte. Als es dann zur Abstimmung des ersten Punktes des Antrages kam, wollte ich ein Veto einlegen. Ich wurde dann von einem Mitglied des VBs auf bestimmte Zeilen im Antrag hingewiesen, so dass ich mich etwas beruhigte und dann mit einem Abseits zum Antrag stimmen konnte.

I: Du hast dann am übernächsten Tag in der VB-Vernetzungsliste uns allen mitgeteilt, dass du bereits einen Tag nach der Mitgliederversammlung nach zwei geführten Gesprächen mit Verantwortlichen des VBs aus der Corona-Vernetzungsliste ausgetreten seist. Weiterhin gabst du zu verstehen, dass du von da an den Antrag voll und ganz bejahen konntest und der Kommission bzw. einem AK viel Erfolg wünschtest. Wie kam das auf einmal?

BL: Mir gelang es recht schnell hinter dieser von mir erst einmal als Vorwürfe und Verurteilungen wahrgenommenen Art des Vorbringens der Antragsteller*innen ihr wahres und auch für mich dann so bedeutungs- und wertvolles Anliegen erkennen zu können, nachdem ich mir Selbstempathie gegeben hatte. So erinnerte ich mich recht bald wieder an den Ausspruch des persischen Philosophen Dschalal ad-Din Rumi: „Jenseits von Richtig und Falsch gibt es einen Ort – dort treffen wir uns“. Wie wichtig ist mir dieser Ausspruch inzwischen geworden!

I: Was würdest du als Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall Rosenberg denn den Teilnehmer*innen einer solchen zu gründenden Kommissionsgruppe gerne sagen?

BL: Ich wünsche ihnen, dass es ihnen gelingen möge, Experten*innen für die jeweils rechts ausgerichtete Gruppierung zu engagieren, um erst einmal von der Sache her Kenntnisse zu erwerben. Zweitens mag es ein Weg sein, sich von z.B. GfK-Freunden-*innen oder aus anderen Konfliktlösungswegen (von denen es ja genügend in unserm Verband gibt) begleiten zu lassen, um zu lernen, wann und wie sie gerade dabei sind, in Bewertungen, in Verurteilungen, im Aufbauen neuer Feindbilder zu geraten. Wie leicht geschieht dieses doch! Ich denke da gerne an das Beispiel von Palästinensern, die durch den Konflikt mit Israelis vielfach tödliches Leid an ihren Angehörigen erfahren haben. Dennoch schafften es einige von ihnen, über die Grenze hinweg Schilder nach Israel hin zu zeigen mit der Aufschrift: „Ich weigere mich ein Feind zu sein“.

I: Da gibt es ja auch im Neuen Testament die Worte Jesu: „Liebet eure Feinde“.

BL: Ja und weiter:“Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Die Frage ist doch bei unserm Thema: Wer ist hier mein/e Nächste/r ? Ist es etwa der/die sogenannte „Corona-Leugner*in, Verschwörungsideolog*in, Querdenker*innen, gar Nazis oder gar diejenigen, die Menschen/Politiker bereits umbrachten, Morddrohungen ins Internet bringen usw.?

I: Ja, in der Tat, die sollen meine Brüder und Schwestern sein? Ich finde, das geht zu weit!

Oder? Was meinst du?

BL: Ich unterscheide zwischen jemanden verurteilen und sich von jemanden oder einer ganzen Gruppe abgrenzen. Ganz schnell geht es mit dem Verurteilen des Andersdenken-

den, der Andersredenden, -fühlenden, Andershandelnden. Ich denke da gerne an den Film über Beate Ronnefelds 10-tägigem Seminar mit 15 amerikanischen Juden und Jüdinnen und 15 deutschen Nichtjuden, Nichtjüdinnen in Steyerberg. Da gab es eine amerikanische Jüdin, die einmal Folgendes sagte: Ein Feind ist ein Mensch, dessen Geschichte ich noch nicht kenne". In diesem Seminar gab es einen Mann, der durch einen Traum so stark berührt wurde, dass er sich gedrängt fühlte, seine schweren Vergehen in der Nazizeit aufzuarbeiten. So besuchte er dieses Seminar. Als er seine Geschichte unter Tränen erzählte, wurde er von seinen jüdischen Mitgeschwistern gehalten.

(Ich besitze diesen Film in englischer und in deutscher Sprache). Sich abgrenzen von rechten Gruppierungen, ohne gleichzeitig zu verurteilen, will freilich geübt sein, benötigt ein Wachsen in ein neues Bewusstsein. Dies braucht Zeit.

I: Wie kann das Sich-Abgrenzen von rechten Gruppierungen z.B. während einer Demo geschehen, wie in Berlin und weiteren Städten?

BL: Ich finde das schwierig, vor allem, da es inzwischen so vielschichtige als rechts empfundene Gruppierungen gibt. Meine Sorge ist, dass die Gefahr einer Vermischung, also des Sich-Nicht-Klar-Abgrenzens von solchen Gruppierungen, sehr groß ist. Vielleicht gehören zu solch einer Demo besonders sich klar und unmissverständlich ausdrückende Rednerinnen und Redner, die gleichzeitig es verstehen, nicht zu verurteilen. Ich selbst gehe zurzeit bewusst nicht zu solchen Demos aus zweierlei Gründen: 1. Aus dem bereits genannten Grund und 2. Bei uns in Hannover finden ebenfalls solche Demos statt, bei denen gleichzeitig Gegendemos beteiligt sind. Gegen Etwas oder gegen eine Person/eine Gruppe sein, ist nicht mein Verständnis von Kommunikation und eines mich Kundtun- und Beteiligen-Wollens.

I: Das Sich Abgrenzen ohne zu verurteilen von rechten Gruppierungen ist das eine. Aber siehst du denn eine Möglichkeit, einem solchen Menschen persönlich aus seinem/ ihrem gewalttätigen und verurteilenden Denken, Reden, gar Handeln herauszuhelfen?

BL: Ich glaube, es war vor ca. 2 Jahren, da gab es während einer Jahrestagung im VB eine stark besuchte AG mit dem Thema „Mit Rechten reden", die mich sehr inspiriert hat. Ich hoffte dann, dass eine solche Dauergruppe in Hannover zustande käme. Leider gab es nur ein einziges Treffen. Dann wurde diese Gruppe wegen mangelnder Teilnahme geschlossen. Doch ich habe noch nicht aufgegeben und hoffe immer noch auf zwei, drei, wenigstens einen/einer Interessentin für solch eine Tätigkeit. Ich würde mir nicht zutrauen, mit einer ganzen Gruppe rechts ausgerichteter Menschen zu arbeiten, jedoch mit einer oder höchstens zwei Personen mit Hilfe der GfK.

I: Nun verhalten sich nach meinen Beobachtungen Menschen aus solchen Gruppierungen oder Vereinigungen vielfach sprachlich und womöglich auch körperlich recht gewalttätig. Wie stellst du dir vor, mit ihnen umzugehen?

BL: Ich betrachte mich selbst auf diesem Gebiet als eine Lernende, als eine, die gerne noch viele praktische Erfahrungen sammeln möchte. In solchen Fällen sagte Marshall Rosenberg: „Je lauter eine Person schreit, desto mehr sagt sie: Bitte hilf mir!" Es geht also um das Transformieren von Worten und Verhaltensweisen, also um die Fähigkeit, zu erlernen, das Gehörte, Wahrgenommene, Ausgeübte nicht gegen sich persönlich gerichtet zu verstehen, sondern als den Notschrei dieser Person zu begreifen. Rosenberg hat auch Seminare für Gefangene in Gefängnissen gegeben. Einmal sprach ein solch Gefangener nach einem Seminartag zu ihm, nachdem er den Unterschied von lebensbejahenden und lebensverneinenden Bedürfnissen begriff: „Marshall, wenn ich gewusst hätte, was ich heute gelernt habe, dann hätte ich meinen Freund nicht umgebracht."

I: Das berührt mich tief. - Nun bereitet mir noch etwas ganz besonders grosse Sorgen: Es sind die immer zahlreicher zu vernehmenden Hassbotschaften. Kann man denn gegen Hass überhaupt etwas tun? Ist da nicht alle Mühe umsonst?

BL: Dazu ein Erlebnis von F. und mir: Als ich mein erstes Seminar bei Rosenberg belegte, kündigte Marshall eines Vormittags an, dass er am Nachmittag über Hass sprechen wolle, einem Aspekt, bei dem es seiner Ansicht nach keine Hilfe gäbe. Da F. und ich gerade zuhause einen jungen Mann aufgenommen hatten, der auf dem Wege war, seinen Vater umzubringen und auf Kirche und Staat und die gesamte Gesellschaft tiefen Hass verspürte, meldete ich mich zu Wort und sagte zu Rosenberg: „Nach meinen Erfahrungen ist Hass verhärteter Schmerz." Darauf schwieg Rosenberg und sprach auch am Nachmittag nicht über dieses Thema. Ich denke, dass hier wieder der Satz von Gene Knudsen an Bedeutung gewinnt, nach der wahrscheinlich tiefen Schmerzgeschichte eines solchen Menschen zu graben, um zu verstehen. Es geht halt nie um das recht haben Wollen, stets um

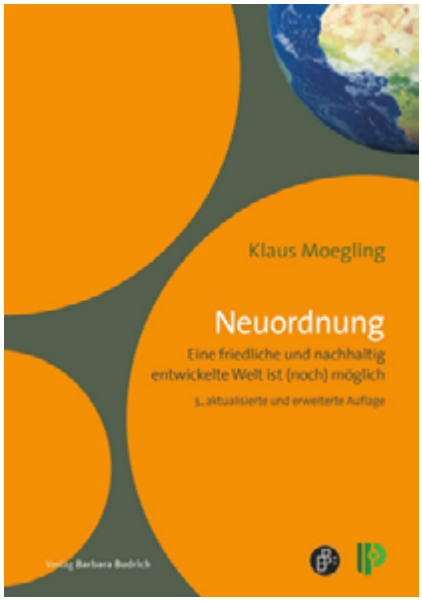
das Verstehen des Anderen und das Verstehen von sich selbst.

I: Magst du zum Schluss noch eventuelle Wünsche, Träume für unseren Verband sagen?

BL: Ja, gern. Es würde mich freuen, wenn wir alle lernten, wieder ruhiger, gelassener und vertrauensvoller hinsichtlich unserer eigenen Prozesse zu werden. Ich denke, dass dann die jeweiligen Lösungen sich von selbst einstellen würden. Von ganzem Herzen wünsche ich mir besonders, dass diejenigen, die kürzlich aus unserm Verband ausgetreten sind oder es vorhaben zu tun, die augenblickliche Situation als eine wunderbare Herausforderung betrachten könnten , um an ihr gemeinsam und gewaltfrei zu wachsen.

I: Danke, BL, für dieses Gespräch.

Moegling, Klaus: Neuordnung. Eine friedliche und nachhaltig entwickelte Welt ist (noch) möglich.



Während die Akteur*innen und Akteure für Frieden, Solidarität und Nachhaltigkeit in ihrer Argumentation und ihrem Engagement verständlicherweise auf ihren jeweiligen Bereich fokussieren, versucht der Kasseler Gesellschaftswissenschaftler die Notwendigkeit einer holistischen Perspektive bewusst zu machen. Politische, ökonomische, ökologische, zwischenmenschliche und psychische Ordnungen seien in einem ganzheitlichen Sinne in einer Verbindung zu begreifen. So schildert er beispielsweise in eindrücklicher Weise die ökologischen Folgen von Kriegen und Rüstung und sieht einen langfristigen Bedeutungsgewinn der internationalen Umweltbewegung der jungen Generation, wenn diese in ihrem Engagement Kontakt zur Friedensbewegung aufnimmt, was auch umgekehrt gelten dürfte. Die Breite der fundierten Problemanalyse ökonomischer Strukturen, über das Erstarken autoritärer Herrschaftsformen, Hegemoniestreben der Großmächte mit ihren Stellvertreterkriegen, ökologischen Krisen bis hin zu kulturellen und psychischen Krisen aber auch der vielen daraus herausführenden Initiativen machen dieses Buch zu einem gut lesbaren Kompendium für Menschen, die sich mit dem status quo nicht zufrieden geben wollen. Auch wenn man/frau sich dann wieder auf ein Projekt konzentrieren sollte, ist der Blick aufs Ganze, das Wissen um die anderen Baustellen und ihren Interdependenzen von großer Bedeutung auf dem Weg zu einer menschenfreundlichen Neuordnung. Ein besonderes Gewicht legt der Autor auch auf die Neuordnung des Systems internationaler Beziehungen, indem er die Bausteine für die Entwicklung einer Global Governance erläutert und kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungsschritte für die kommenden fünfzehn Jahre beschreibt. Insofern ist dieses bereits in dritter, aktualisierter Auflage erschienene Buch eine große Hilfe, den Blick zu weiten, aber auch um Zielperspektiven zu bekommen, auf die es sich lohnt hinzuarbeiten – ein wichtiges Grundlagenbuch für jegliche politische Arbeit und für das Studium gesellschaftswissenschaftlicher Fächer. Dass von der Evangelischen Landeskirche in Baden mit dem im April 2018 veröffentlichten Buch „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik.“ ein Szenario bis zum Jahr 2040 beschrieben ist, das mit vielen der von Moegling aufgezeigten Zielen identisch ist, jedoch noch zusätzlich einen konkreten, in Deutschland beginnenden politischen Realisierungsweg dorthin beschreibt, könnte in der erwünschten 4. Auflage von „Neuordnung“ noch ergänzt werden. Auch dass sich dafür 15 bundesweite Friedensorganisationen (BSV, DFG/VK, EIRENE, IPPNW, Ohne Rüstung leben, pax christi, u.a.) dafür zu einer Kampagne zusammengeschlossen haben, zeigt den verbreiteten starken Veränderungswillen zu einer friedlicheren Neuordnung.

Theodor Ziegler

Dr. phil. Theodor Ziegler ist Mitglied des Leitungskreises des Forums Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden, in der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsgegnerInnen und im Internationalen Versöhnungsbund/Dt. Zweig sowie Lehrbeauftragter an der Evangelischen Hochschule in Freiburg.

Was ist Friedenstheologie? Eine Spurensuche und ein Lesebuch

edition pace 12, 256 Seiten; Taschenbuch; Preis 9,90 €, Norderstedt: BoD 2020, ISBN: 978-3-7526-4444-9, *www.bod.de/buchshop*

Texte zur Friedenstheologie, herausgegeben im Auftrag des Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie von Thomas Nauerth OekIF 2020.

Diese Veröffentlichung wurde unterstützt von der Solidarischen Kirche im Rheinland

aus dem INHALT:

Was tun?

PETER BÜRGER: Jesus von Nazaret – Befreiung zum Frieden. Friedenstheologie im zivilisatorischen Ernstfall

Von der Zärtlichkeit Gottes

DIETER BECKER-HINRICH: Die Entzauberung von Römer 13 – Jedermann sei untertan der Obrigkeit!

MATTHIAS-W. ENGELKE: Was ist Friedenstheologie

Die Legende von der Rettung der Urgemeinde

STEFAN FEDERBUSCH OFM: Von der Torheit des Evangeliums. Franziskus –eine gefährliche Erinnerung

HILDEGARD GOSS-MAYR: Jesus Christus: Künder und Vollender der Befreiung

ULLRICH HAHN: „Suchet der Stadt Bestes“ – Der prophetische Auftrag der Kirche,

Als der Prophet alt geworden

KAREN HINRICHS: Selig sind, die barfuß gehen und ohne Waffen! – Gedanken zur Theologie des Pilgerwegs der Gerechtigkeit und des Friedens

MARGOT KÄSSMANN: Die Hoffnung des Zacharias (Lk 1, 79),

Aus dem Handbüchlein des christlichen Streiters

WOLFGANG KRAUSS: Anstößige Bergpredigt – Michael Sattler

MARTIN LEINER: Versöhnung und Friede,

Thomas von Imbroich – eine täuferische Stimme aus Köln

BURKHARD LUBER: Spiritualität und Weltverantwortung

THOMAS NAUERTH: Gewaltlos handeln – Vom biblischen Traum des Friedens,

Für uns nimmt diese Prophezeiung Fleisch an

GOTTFRIED ORTH: Zur Theologie des Friedens und der Frage nach Gewaltfreiheit – Eine aktuelle Erinnerung an Helmut Gollwitzer

RAINER SCHMID: Was ist Friedenstheologie?

MICHAEL SCHOBER: Das Ethos der Bergpredigt gelesen als ein Beitrag zur „Unterbrechung von Gewalt“,

Pressekonferenz eines zornigen Gottes

STEFAN SILBER: Frieden – eine Frucht der Barmherzigkeit. Stichpunkte für eine Theologie des Friedens mit befreiungstheologischer Perspektive

EGON SPIEGEL: Theologie des Friedens / Theology of Peace,

Das WORT und die Ökumene

GEORG STEINS: „Seid vollkommen, auf das Ganze bedacht!“ Biblische Grundlagen kreativer Gewaltfreiheit,

Der Gottesgedanke – ein Friedensgedanke

ANJA VOLLENDORF: Gott, dann wird die Welt anders aussehen,

Märchen vom lieben Gott

MARIE NOELLE VON DER RECKE: Friedenstheologie – Fünf Grundpfeiler aus friedenskirchlicher Perspektive

JOHANNES WEISSINGER: „Die große Befreiung“ – Dietrich Bonhoeffers Wende vom nationalen Kriegstheologen zum ökumenischen Friedenstheologen 1930/1931

THEODOR ZIEGLER: Das Wesentliche der biblischen Friedensbotschaft erkennen!

Christlicher Fragebogen Frieden

Aufruf: Beiträge für Jahresbericht

Was ist 2020 im Versöhnungsbund passiert? Welche Aktionen gab es? Woran haben die verschiedenen Gruppen gearbeitet? Diese Fragen sollen im Jahresbericht 2020 beantwortet werden.

Dafür braucht es Eure Beiträge! Berichtet über die Arbeit in Eurer Gruppe oder über eine spannende Aktion, an der ihr teilgenommen, die Ihr organisiert habt. Schickt uns gern Geschichten, auch Presseartikel, vor allem Bilder und was Ihr sonst noch so habt, als Ihr für den Versöhnungsbund im letzten Jahr aktiv gewesen seid.

Die fertigen Beiträge sendet bitte an die Geschäftsstelle: am einfachsten per E-Mail an

vb@versoehnungsbund.de, aber auch der Postweg an die Geschäftsstelle ist möglich.

Wir freuen uns, im nächsten Jahr die bunte Vielfalt an Aktivitäten im Verband besser sichtbar machen zu können und danken Euch für Eure Mithilfe.

Der Vorstand.

Transparenz TV: Sendereihe „Friedensfragen mit Clemens Ronnefeldt“

Seit Januar 2019 präsentiert unser Friedensreferent Clemens Ronnefeldt jeweils Mittwochs um 20.30 Uhr die Sendung „Friedensfragen“. Um diese Zeit kann man sie auch in einem Live-Chat kommentieren. Anschließend sind die Folgen dauerhaft zu sehen.

Wer vorab über die jeweiligen Themen informiert werden will, setze sich am besten auf die Mailingliste von Clemens Ronnefeldt; eine kurze Mail an C.Ronnefeldt@t-online.de genügt.

Auf *www.versoehnungsbund.de/aktiv/friedensfragen* gibt es eine Übersicht über alle bisherigen Sendungen.

Vorankündigung Jahrestagung 2021

Die nächste Jahrestagung ist - vorausgesetzt die Coronapandemie lässt es zu - für den 13.-16. Mai 2021 im Humboldt-Jugendgästehaus Bad Schussenried geplant.

Das Thema wird voraussichtlich der Klimawandel und die Möglichkeiten seiner Begrenzung sein.

ganz anders

weihnacht 2020

ein einsamer engel
steht im regen
im dunkel der nacht

auf abstand
zur krippe
zu den hirten
zu uns

wenn wir innehalten
und schweigen
und lauschen

dringt seine botschaft
in unser leben
in unser herz
in unsere seele

uns zärtlich verwandelnd
lebendig innewohnend
bleibend

Petra Ng'uni